

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/2000

Berlin

14. Dezember 2000

67. Jahrgang

Russlands Aufschwung in Gefahr¹

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Nach einer fast ein Jahrzehnt währenden Durststrecke wird Russland nun bald auf zwei Jahre wirtschaftlichen Wachstums zurückblicken können. Dieses Wachstum wies sogar eine Beschleunigungstendenz auf, so dass für das Jahr 2000 die optimistischen Erwartungen der Institute vom Frühjahr („ein Wachstum von 5 % wäre nicht überraschend“) noch übertroffen werden. Die russische Regierung hat sich nun vorgenommen, nach den makroökonomischen Stabilisierungsfortschritten endlich die lange Zeit sträflich vernachlässigten Strukturprobleme anzugehen und damit vor allem die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern.

In der Tat stehen auf diesem Gebiet höchst dringliche Aufgaben an, denn es wäre ein Irrtum zu glauben, das kräftige Wirtschaftswachstum werde sich quasi von alleine fortsetzen. Der jüngste Aufschwung ist ohnehin keineswegs einzig und allein den gestiegenen Weltmarktpreisen für Rohöl und der Abwertung des russischen Rubels zuzuschreiben. Vielmehr hat die russische Wirtschaft — ohne bewusstes Zutun der Regierung — nach der Krise von 1998 zudem einen Kostenvorteil erlangt, den sich viele Beobachter für die neuen Bundesländer immer gewünscht hatten: drastisch abgesenkte Reallohne.

Diese Reallohnsenkungen hatten in Russland, wegen der abwertungsbedingten Importsubstitution, keineswegs einen Rückgang der Binnennachfrage zur Folge, sehr wohl dagegen eine außerordentlich starke Zunahme der Unternehmensgewinne, die sich dann auch in einem kräftigen Investitionswachstum niederschlug. Aus dieser Perspektive droht der Dauerhaftigkeit dieses Aufschwungs vor allem dann Gefahr, wenn nicht erkannt wird, dass die gegenwärtige Konstellation eines realen Wirtschaftswachstums von etwa 7 % und eines realen Investitionswachstums von zuletzt fast 20 % allenfalls kurzfristig mit dem neuerlichen Reallohnwachstum von weit über 20 % vereinbar ist.

Beschleunigte Erholung

Im Jahr 2000 wird das Wachstum des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit etwa 7 % mehr als doppelt so hoch ausfallen wie im Jahr 1999, dem ersten Jahr der Erholung. Die Wachstumsrate der Bruttoanlageinvestitionen wird sogar beim Vierfachen der Vorjahresrate liegen (Ta-

belle 1).² Das zeitliche Muster der Erholung lässt sich wie folgt skizzieren: Im unmittelbaren Gefolge der Krise vom

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 372, 2000.

² Soweit nicht anders vermerkt, sind die hier verwendeten Zahlen Veröffentlichungen des Staatlichen (Fortsetzung auf S. 845)

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 2000
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 I–III	2000 Jan.–Okt.
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-4,9	0,8	-4,9	3,2	7,3 ⁷⁾	7 ⁷⁾
Industrieproduktion ¹⁾	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	-5,2	8,1	9,7	9,8
Agrarproduktion ¹⁾	-3,6	-5,0	-9,0	-4,0	-12,0	-8,0	-5,1	1,3	-13,2	2,4	4,0	3,7
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	0,1	-15,0	-40,0	-12,0	-24,0	-10,0	-18,1	-5,0	-6,7	4,5	17,5	19,6
Gütertransportvolumen ²⁾	.	-7,4	-23,6	-5,0	-24,3	-10,2	-17,7	-9,8	-5,3	5,5	.	.
Gütertransportvolumen ³⁾	.	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,4	5,2	5,0	5,0
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	12,0	-3,2	-3,0	1,9	0,1	-7,0	-4,1	4,7	-3,3	-7,7	8,3	8,4
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ¹⁾	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,0	-18,0	-5,8	3,3	-0,5	2,4	6,4	.
Nominale Geldeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	18,0	120	750	1030	360	158	46,1	22,7	5,8	58,3	32,4	32,5
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte ⁴⁾	.	7,5	-50,5	11,2	13,0	-15,0	-0,8	6,3	-16,9	-15,8	9,3	9,4
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81,0	994	878	276	114	57,3	20,2	10,6	43,4	49,8	49,2
Reallöhne und -gehälter	.	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,4	4,7	-13,4	-22,8	23,6	23,3
Renten, real	.	.	-48,1	30,7	-3,2	-19,5	8,7	-5,4	.	-39,4	26,1	.
Verbraucherpreise ⁵⁾	6,0	160	2 510	840	215	131	21,8	11,0	84,4	36,5	19,2 ⁸⁾	20,1 ⁹⁾
Industrielle Erzeugerpreise ⁵⁾	4,0	240	3 280	895	233	175	25,6	7,5	23,2	67,3	35,2 ⁸⁾	35,5 ⁹⁾
Warenexport (in USD)	.	.	.	11,3	13,2	20,1	9,3	-0,3	-15,9	1,3	48,1 ¹⁰⁾	46,7
Warenimport (in USD)	.	.	.	3,1	14,0	20,6	12,9	7,0	-19,8	-31,7	7,9 ¹⁰⁾	9,0
Arbeitslosenquote ⁶⁾	.	.	5,2	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	11,9	11,7	9,9	10,0

1) Real. — 2) Auf Tonnenbasis. — 3) Auf Basis Tonnen-Kilometer. — 4) 1991 bis 1993: Dezember zu Dezember des Vorjahres; 1994 bis 1999: Jahresdurchschnitt. — 5) 1990: Jahresdurchschnitt, ab 1991: Dezember zu Dezember des Vorjahres; daher können diese Angaben nicht die Diskrepanz z. B. zwischen den Nominal- und Reallöhnen erklären. — 6) Am Periodenende; ILO-Methodik. — 7) Schätzung. — 8) Januar–September 2000, auf Jahresbasis hochgerechnet. — 9) Januar–Oktober 2000, auf Jahresbasis hochgerechnet. — 10) Januar–August 2000.

Quellen: Goskomstat: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 254; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 7, 8, 179 und 182; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 7–8, 103 ff. und 284; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999, S. 7–8, 105, 260, 279; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1999, Moskau, 1999, S. 170, 564; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 1999, S. 7–8, 58, 179 und 192; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 8.12.00.

August 1998 kam es zunächst zu einer starken Abwertung des russischen Rubels, mit der Folge drastisch steigender (Rubel-) Preise für Importgüter und damit sehr schnell und kräftig zurückgehender Importvolumina. Der mit der Abwertung einhergehende starke Preisschub bewirkte eine rasche Absenkung der Reallöhne (um weit mehr als 30 %) und der realen Renten (um etwa 50 %). Dies bedeutete zwar einen Nachfragerückgang; die ebenfalls abwertungsbedingte Umlenkung dieser verringerten Nachfrage zugunsten heimischer Produkte nahm jedoch solche Ausmaße an, dass russische Produzenten sehr bald (schon gegen Ende 1998) Produktionssteigerungen meldeten. In der Folge begann im Laufe des Jahres 1999 zunächst das Bruttoinlandsprodukt zu wachsen, mit einer Verzögerung auch die Investitionstätigkeit. Der im Zusammenhang mit den gestiegenen Weltmarktpreisen für Erdöl und der Abwertung des Rubels zu erwartende Anstieg der Exporte — in USD-Werten, aber auch mengenmäßig — zeigte sich erst im letzten Quartal 1999 deutlich. Die

schon vorher einsetzende kräftige Zunahme des Handelsbilanzüberschusses war allein auf den Rückgang der Importe zurückzuführen. Im Jahr 2000 kam dann mit den Verbesserungen bei den wichtigen Einkommenskategorien auch eine Erholung des privaten Verbrauchs in Gang. Die Hauptursache für die kräftige Zunahme der Investitionstätigkeit war die Explosion der Unternehmensgewinne, die zunächst auf die abwertungsbedingte Importsubstitution und die Reallohnsenkungen, erst mit Verzögerung auch auf die Zunahme der Exporterlöse zurückzuführen ist.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum des Jahres 2000 setzt sich — von der Verwendungsseite aus gesehen — etwa zur Hälfte aus dem Anstieg des privaten Verbrauchs und etwa zu einem Drittel aus der Zunahme der Investitionstätigkeit zusammen. Die Ausweitung des Außenbeitrags wurde, bei kaum veränderten Importen, vor allem von der steilen Zunahme der Exporte bestimmt. Die kräftige Schubwirkung der Exporte auf die BIP-Entwicklung

wurde jedoch nahezu völlig von der restriktiven Fiskalpolitik neutralisiert.

Auf der Einkommensseite des BIP sind die aggregierten Gewinne weiter deutlich gestiegen, und zwar obwohl hierin die Ergebnisse der Verlustbetriebe enthalten sind, deren Zahl trotz eines weiteren leichten Rückgangs immer noch einen Anteil von fast 40 % des Unternehmenssektors ausmacht. Die Gesamteinkommen der privaten Haushalte sind real (mit gut 9 %) deutlich langsamer gewachsen als die Löhne (+24 %) und die Renten (+26 %) (Abbildung 1). Durch den raschen Anstieg der Reallöhne ist mittlerweile schon wieder etwa die Hälfte des Kostenvorteils aufgezehrt worden, der für die Unternehmen nach der Krise von 1998 entstanden war. Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte — vor allem die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, insbesondere ausgeschüttete Gewinne³ — wiesen dementsprechend zuletzt auch wieder eine Abschwächung auf.

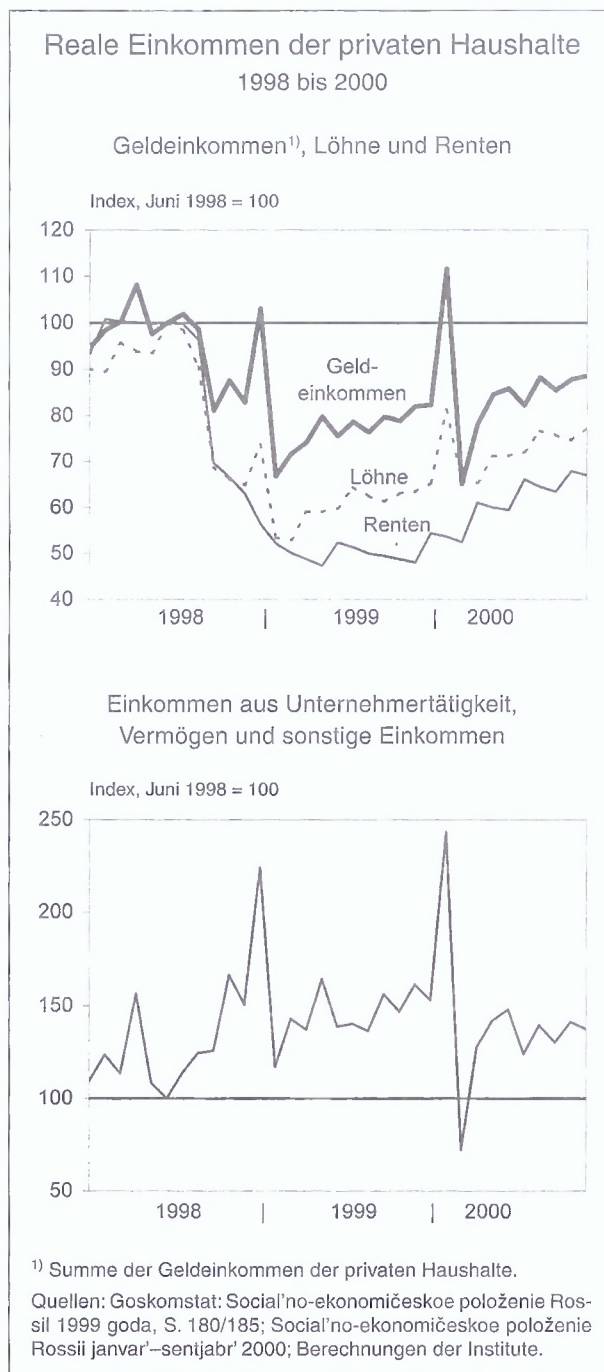
Strukturelle Anpassungen, Preise, Beschäftigung

Eine Gegenüberstellung der Struktur von Gewinnen und Investitionen (Abbildung 2) erlaubt nun eine Reihe interessanter Einsichten.⁴ Zunächst ist festzuhalten, dass der überwiegende Teil der Gewinne — über 70 % — in der Industrie anfällt. Keine Gewinne bzw. sogar Verluste erwirtschaften dagegen die Wohnungswirtschaft und die Landwirtschaft.⁵ Bezüglich der Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit liegt zwar auch die Industrie vorn, ihr Anteil entspricht jedoch bei weitem nicht dem Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen. In entsprechendem Umfang werden Gewinne, die in der Industrie anfallen, nicht für Investitionen in der Industrie verwendet. Dagegen werden vor allem in der Wohnungswirtschaft und im Bereich Transport und Kommunikation sowie in der Landwirtschaft Investitionen getätigt, ohne dass diesen auch Gewinne gegenüberstünden. Dies kann so verstanden werden, dass die Industrie diese Sektoren quasi mitfinanziert. Dieser Sachverhalt ist um so bemerkenswerter, als auch innerhalb der Industrie ein enorm hoher Anteil von Verlustbetrieben zu verzeichnen ist. Vor allem die Bereiche NE-Metallurgie, Brennstoffe sowie Eisen und Stahl sind es, deren Gewinne nicht für eigene, sondern für Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen bereitgestellt

(Fortsetzung von S. 843) Komitees für Statistik (Goskomstat) entnommen. Die Frage der Zuverlässigkeit dieser Daten wurde in früheren Berichten mehrfach angesprochen.

³ Die in der russischen Statistik ausgewiesenen Angaben über Gewinne unterliegen einer Reihe von Bedenken, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen: Einerseits dürften die Angaben insofern erheblich nach oben verzerrt sein, als sie auch in erheblichem Maße de facto uneinbringliche Forderungen einschließen. Andererseits dürften sie auch nach unten verzerrt sein, denn russische Unternehmen versuchen bekanntlich, soweit nur irgend möglich, entstandene Gewinne zu verschleiern und so der Besteuerung zu entziehen.

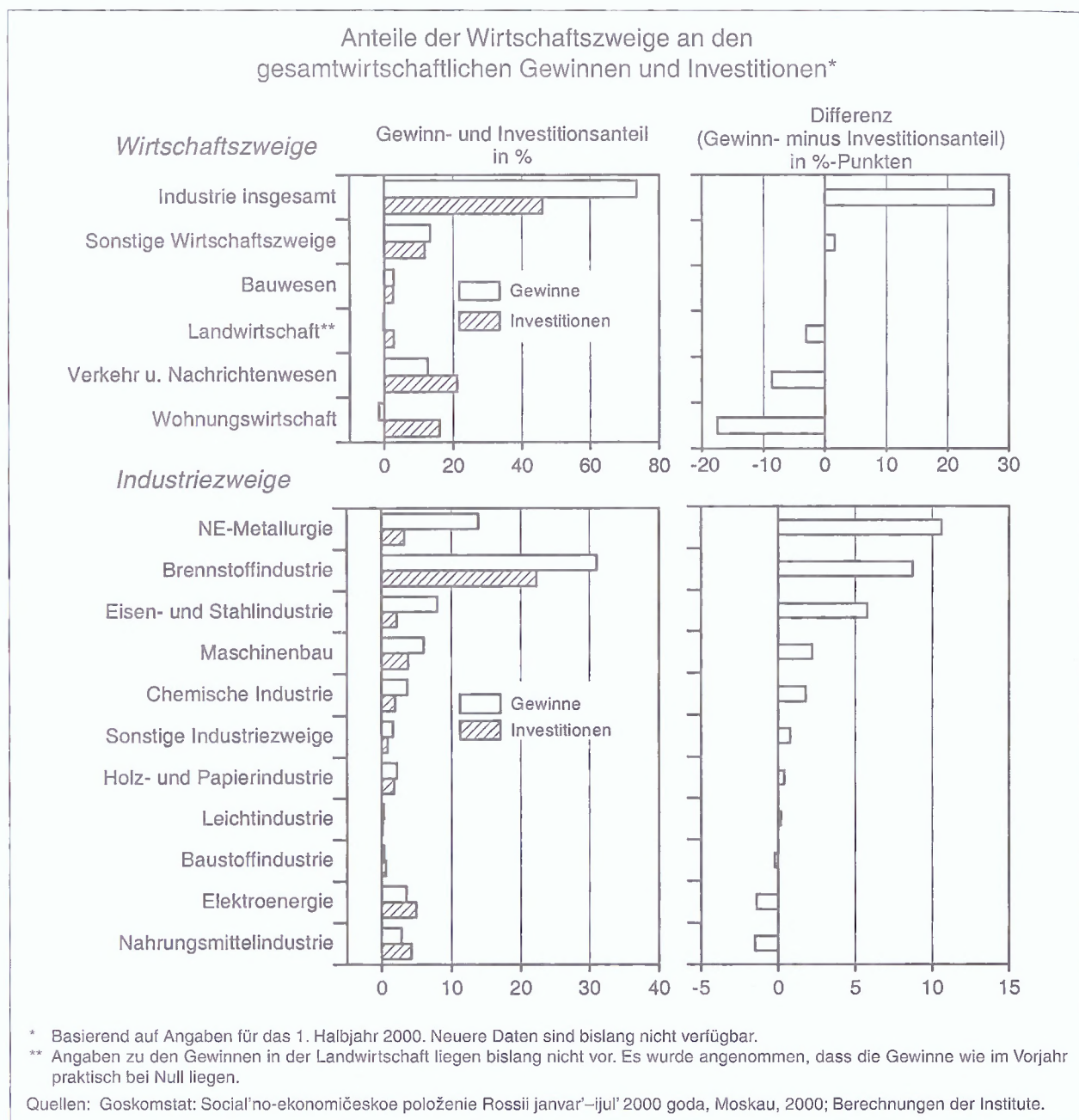
Abbildung 1



⁴ Selbstverständlich müssen die Gesamtgrößen von Gewinnen und Investitionen nicht zwangsläufig gleich sein. Im vorliegenden Fall jedoch liegen die beiden Variablen sehr wohl in einer ähnlichen Größenordnung bzw. die Gewinne übersteigen vergleichsweise geringfügig die Investitionen.

⁵ Für die Landwirtschaft liegen noch keine aktuellen Angaben vor. Es darf mit einiger Sicherheit vermutet werden, dass am Ergebnis des Vorjahres keine Veränderung vorzunehmen ist; vgl.: Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/2000, S. 200.

Abbildung 2



bzw. abgegeben werden. Ein Nettoempfänger in diesem Sinne ist auch die Nahrungsmittelindustrie.

Die geschilderten Mittelflüsse können nun auf marktwirtschaftlichen Mechanismen beruhen, wie dies im Fall der Nahrungsmittelindustrie zu vermuten ist, sie können aber auch auf staatliche Eingriffe zurückzuführen sein. Letzteres dürfte mit ziemlicher Sicherheit auf die Wohnungswirtschaft und die Landwirtschaft zutreffen. Angaben zur Finanzierungsstruktur der Investitionen stehen nur für die Gesamtwirtschaft, nicht dagegen nach Wirtschaftsbereichen disaggregiert zur Verfügung. Über Bankkredite werden insgesamt nur 4 % der Investitionen

finanziert. Eine dominante Position nehmen die öffentlichen Haushalte ein (42 % der Fremdmittel); wesentlich geringere Anteile entfallen auf diverse Investitionsfonds (20 %) und (staatliche) außerbudgetäre Fonds (8 %).⁶ Es liegt die Vermutung nahe, dass gerade in den ertragsarmen Wirtschaftsbereichen (Wohnungswirtschaft und Landwirtschaft) die Zuführung von Investitionsmitteln noch weit ausgeprägter als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt über die öffentlichen Haushalte erfolgt.

⁶ „Andere“, nicht spezifizierte Finanzierungsquellen steuern weitere 21 % der Fremdmittel bei.

Tabelle 2

Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	
											I–III	Jan.–Okt.
Industrie insgesamt ¹⁾	0	-8	-18	-14	-21	-3	-4	2	-5,2	8,1	9,7	9,8
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2	-2	-2,5	0,2	2,1	2,4
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-2	-3	0	-2,5	2,4	4,8	4,9
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	9	-4	1	-8,1	14,4	19,0	17,9
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	1	-5	5	-5,0	8,5	11,2	11,5
Chemische und Petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	7	-11	2	-7,5	21,7	15,5	15,0
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-8	-11	4	-7,5	15,9	16,0	17,5
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-5	-22	1	-0,4	17,2	13,7	13,2
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25	-4	-5,8	7,7	9,5	9,4
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-31	-28	-2	-11,5	20,1	29,2	28,6
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-9	-9	-1	-1,9	7,5	9,2	9,1
Mühlen- und Futtermittelindustrie	.	.	.	.	.	.	.	.	.	-0,3	-3,8	.

¹⁾ Ab 1994 einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfasst.

Quellen: Goskomstat: Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 492; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 26–27; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 16; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 2000, S. 12; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 8.12.00.

Das Produktionswachstum in der Industrie, dem bei weitem größten Wirtschaftsbereich, war im Jahr 2000 mit einer Rate von fast 10% noch stärker als im Vorjahr. Sämtliche bedeutenden Industriezweige zeigten eine Aufwärtseentwicklung, deren Raten sich vielfach im zweistelligen Bereich bewegten (Tabelle 2). Selbstverständlich sind hohe Wachstumsraten eines Industriezweigs in ihrer Bedeutung für das gesamtindustrielle Wachstum dann zu relativieren, wenn auf diesen Zweig nur ein geringer Anteil an der Industrieproduktion entfällt. Dies gilt etwa für die Leichtindustrie, die zwar mit fast 30% gewachsen ist, jedoch kaum 2% zur Industrieproduktion beiträgt.

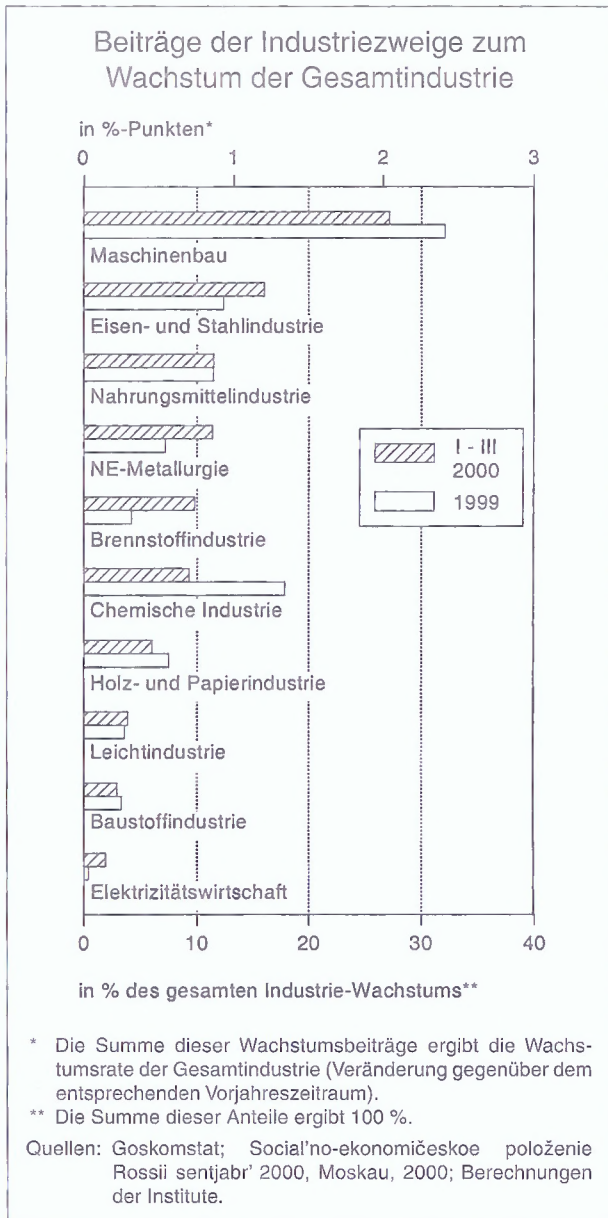
Berücksichtigt man neben der Wachstumsrate eines Industriezweigs auch sein relatives Gewicht, so ergibt sich eine Rangfolge der Beiträge zum Wachstum der Gesamtindustrie wie in Abbildung 3. Es zeigt sich, dass der Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung weiterhin den mit Abstand größten Beitrag zum gesamtindustriellen Wachstum leistet, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie, der Nahrungsmittelindustrie, der NE-Metallurgie, der Brennstoffindustrie, der Chemischen Industrie, der Holz- und Papierindustrie, der Leichtindustrie, der Baustoffindustrie und der Elektrizitätswirtschaft. An dieser Rangfolge hat sich gegenüber der Vorperiode wenig verändert.

In Bezug auf Entwicklungen innerhalb der einzelnen Industriezweige können hier nur einige Punkte hervorgehoben werden. Im Energiebereich fällt auf, dass die Strom-

erzeugung mit Atomkraft wieder deutlich wächst, zuletzt mit fast 9% (bei einem Anteil von gut 15%). In der Eisen- und Stahlindustrie sticht die starke Zunahme der Produktion von Stahlröhren (+61%) hervor. In der Chemischen und Petrochemischen Industrie ist eine kräftige Ausweitung der Produktion von Reifen für Ackerfahrzeuge (+22%) zu verzeichnen. Mit dieser Beobachtung harmonisiert eine Entwicklung im Bereich Maschinenbau, und zwar die weiterhin äußerst starke Zunahme der Produktion von Landmaschinen (+54%). Nicht ganz so schnell, aber doch fast durchweg mit zweistelligen Zuwachsraten, expandierten die übrigen Bereiche des Maschinenbaus. Eine gewichtige Ausnahme bildet nur der Automobilbau (mit einem vergleichsweise geringen Plus von 4%), wobei die Pkw-Produktion am langsamsten — um knapp 2% — stieg. Im Fall der Nahrungsmittelindustrie zeigt sich die gesamtwirtschaftliche Erholung auch daran, dass sie sich im Jahr 2000 nicht mehr, wie noch im Vorjahr, nur auf einfache Grundnahrungsmittel erstreckt, sondern auch wieder höherwertige Lebensmittel (wie Fleisch und Wurstwaren) erfasst.

Diese Beispiele reflektieren wieder ein Charakteristikum des gegenwärtigen Aufschwungs: Einerseits geht er auf das Wirken von Marktmechanismen zurück, wie dies im Fall der zunehmenden Produktion höherwertiger Lebensmittel unterstellt werden darf; andererseits zeigt sich auch deutlich das Wirken direkter staatlicher Eingriffe, wie

Abbildung 3



dies für das Beispiel der Zunahme des Landmaschinenbaus vermutet werden muss.⁷ Ähnliches kann für die Produktionssteigerungen im „militärisch-industriellen Komplex“ gelten.⁸

Wie bereits erwähnt, setzte eine deutliche Steigerung der russischen Exporte erst gegen Ende des Jahres 1999 ein. Eine zentrale Rolle spielte dabei bekanntlich die Steigerung der Weltmarktpreise für Energieträger. Zu ergänzen ist jedoch, dass auch einige sehr starke mengenmäßige Exportsteigerungen, vor allem im Rohstoffbereich, zu verzeichnen waren.⁹ Soweit es bei den Importen überhaupt schon zu einer Zunahme gekommen ist, betrifft dies vor allem Verbrauchsgüter. Insbesondere bei Maschinen und Ausrüstungen kam es dagegen in der Beobachtungs-

periode noch zu Rückgängen von mehr als 3 %. Nun sind in der Kategorie Maschinen und Ausrüstungen auch Kraftfahrzeuge enthalten, deren Importe sehr stark zulegten (Pkw: +14 %, Lkw: +31 %). Dies bedeutet, dass andere Maschinenimporte, also vor allem die von Investitionsgütern, insgesamt immer noch keinerlei Erholungstendenzen aufweisen.

Die Preise stiegen im Jahr 2000 deutlich langsamer als noch im Vorjahr (Tabellen 3 und 4). Weiterhin sind jedoch starke Veränderungen der relativen Preise zu beobachten. Soweit diese Preisveränderungen eine Anpassung an relative Knappheiten bedeuten — wie bei den Preissteigerungen für Energieträger — sind sie höchst sinnvoll. Die gegenwärtige durchschnittliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise von 20 % ist verträglich mit kräftigen Verteuerungen bei Energieträgern; eine niedrigere Durchschnittsrate könnte sich nur ergeben, wenn zugleich absolute Preisrückgänge bei anderen Kategorien von Gütern und Dienstleistungen erfolgen würden. Dies wäre aber mit großen und unnötigen Friktionen verbunden. In diesem Sinne kann daher die gegenwärtige Preissteigerungsrate als durchaus angemessen bezeichnet werden. Dazu kommt, dass der Anstieg der Verbraucherpreise ausreichend verhalten ist, um die Preisvorteile russischer Produzenten von Verbrauchsgütern gegenüber der ausländischen Konkurrenz zumindest kurzfristig nicht nennenswert schrumpfen zu lassen. Bedenklich wäre allerdings, wenn der durchschnittliche Anstieg der Erzeugerpreise den der Verbraucherpreise weiterhin deutlich übersteigen würde.

Die Arbeitslosigkeit ging im Jahr 2000 zurück (Tabelle 5); die Quote lag zuletzt bei 10 %. Allerdings ist dieser Rückgang nur etwa zur Hälfte auf eine Ausweitung der Beschäftigung zurückzuführen; die andere Hälfte des Rückgangs ist einer verringerten Zahl von Erwerbspersonen zuzuschreiben, die zugleich aus der Arbeitslosenstatistik herausfielen. Der Zuwachs der Zahl der Beschäftigten lag unter 2 %; damit geht der weitaus größte Teil des BIP-Wachstums auf eine bessere Auslastung der Beschäftigten, d.h. auf höhere Arbeitsproduktivität, zurück.

⁷ Premierminister Kasjanow hat erst jüngst wieder auf die massiven staatlichen Zinssubventionen für die Landwirtschaft verwiesen. Vgl. das Interview in: Der Spiegel, Nr. 48 vom 27. November 2000, S. 249. Im Jahr 2001 soll nach vorläufigen Angaben mindestens die Hälfte der landwirtschaftlichen Investitionen durch verbilligte Kredite zu negativen Realzinsen finanziert werden. Vgl. Izvestija vom 6. Dezember 2000.

⁸ Im 1. Halbjahr 2000 belief sich die Zuwachsrate auf 30 %; vgl. Ekonomika i Žizn', Nr. 35, 2000, S. 1. Vgl. zum militärisch-industriellen Komplex auch: Russische Rüstungsindustrie: Kein Phönix aus der Asche. Bearb.: Petra Opitz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/2000.

⁹ Beispielsweise Erze: +55 %, Steinkohle: +52 %, Zellulose: +36 %.

Tabelle 3

Monatliche Preisentwicklung seit 1994
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in %

	Verbraucherpreise							Industrielle Erzeugerpreise						
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	1,5	8,5	2,3	19,0	21,5	3,2	1,1	0,9	6,8	4,0
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	0,9	4,1	1,0	15,1	16,9	2,7	1,6	0,5	5,5	3,7
März	7,4	8,9	2,8	1,4	0,6	2,8	0,6	10,2	10,8	2,6	1,3	-0,1	3,9	2,6
April	8,5	8,5	2,2	1,0	0,4	3,0	0,9	10,6	14,8	2,4	0,8	0,0	3,6	1,6
Mai	7,0	7,9	1,6	0,9	0,5	2,2	1,8	6,6	8,9	1,1	0,5	-0,9	3,5	1,7
Juni	6,0	6,7	1,2	1,1	0,1	1,9	2,6	8,4	6,1	1,6	0,8	0,0	3,7	2,3
Juli	5,3	5,4	0,7	0,9	0,2	2,8	1,8	7,8	6,7	1,2	0,2	-0,8	3,1	3,4
August	4,7	4,6	-0,2	-0,1	3,7	1,2	1,0	5,8	6,7	2,1	0,5	-1,2	4,6	1,7
September	7,9	4,4	0,3	-0,3	38,4	1,5	1,3	7,3	5,7	1,7	0,1	7,4	5,9	1,9
Oktober	15,0	4,7	1,2	0,2	4,5	1,4	2,1	11,0	4,6	2,8	0,1	5,9	5,5	2,7
November	14,6	4,5	1,9	0,6	5,7	1,2	1,5	12,6	2,9	0,9	0,2	5,1	3,9	·
Dezember	16,5	3,2	1,4	1,0	11,6	1,3	·	12,9	1,9	0,8	0,0	4,8	2,2	·

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 153; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 110; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 176, 195 und 196; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 173; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 8.12.00.

Tabelle 4

Entwicklung von Verbraucher- und Erzeugerpreisen seit 1991
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾	
										I-III	Jan.-Okt.
Verbraucherpreise	160	2 510	840	215	131	22	11	84	36,5	14,1	16,5
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18	9	96	35,9	11,6	14,0
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53	18	51	43,2	22,1	22,7
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18	8	100	39,2	13,3	15,4
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48	23	18	34,0	26,5	29,5
Industrielle Erzeugerpreise	240	3 280	895	233	175	26	7	23	67,3	25,4	28,8
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	35	9	3	14,4	37,0	37,0
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	40	19	1	134,9	38,8	50,7
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16	1	12	89,9	33,3	26,2
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12	3	76	115,8	9,8	14,8
Chemische Industrie	170	3 790	848	262	168	18	5	26	43,8	20,8	22,7
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24	11	17	66,5	22,1	41,9
Maschinenbau und Metallverarbeitung ³⁾	210	2 620	949	230	178	24	9	29	49,6	24,8	26,6
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12	8	43	67,7	18,8	21,0
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34	9	13	37,3	27,3	30,4
Leichtindustrie	370	1 160	381	241	163	20	10	44	56,0	16,5	19,5
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22	11	53	62,6	12,5	14,5

¹⁾ Dezember zu Dezember des Vorjahres. — ²⁾ Gegen Dezember 1999. — ³⁾ Nur Maschinenbau.

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 176, 177, 197 und 198; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998, S. 171, 173, 182 ff.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 g., Moskau 1999, S. 120, 131; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 8.12.00.

Tabelle 5

Arbeitsmarkt 1992 bis 2000¹⁾

	Erwerbs- personen	Beschäf- tigte	Arbeitslose		Registrierte Arbeitslose		Anteil der regis- trierten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen
	in Mill.	in Mill.	in Mill.	Quote in %	in Mill.	Quote in %	in %
1992	76,0	72,1	3,9	5,1	0,6	0,8	14,9
1993	75,4	70,9	4,5	6,0	0,8	1,1	19,4
1994	74,2	68,5	5,7	7,7	1,6	2,2	28,7
1995	73,0	66,4	6,5	8,9	2,3	3,2	34,7
1996	73,2	66,0	7,3	10,0	2,5	3,4	37,2
1997	72,8	64,6	8,1	11,1	2,0	2,7	24,8
1998	72,2	63,6	8,6	11,9	1,9	2,6	22,1
1999	72,9	64,0	8,9	12,2	1,3	1,8	14,6
Januar 2000	72,5	63,8	8,7	12,0	1,2	1,7	13,8
Februar 2000	72,1	63,5	8,6	11,9	1,2	1,7	14,0
März 2000	72,1	63,9	8,2	11,4	1,2	1,7	14,6
April 2000	72,2	64,4	7,8	10,8	1,2	1,7	15,4
Mai 2000	72,2	64,8	7,4	10,2	1,1	1,5	14,9
Juni 2000	72,3	65,0	7,3	10,1	1,0	1,4	13,7
Juli 2000	72,3	65,1	7,2	10,0	1,0	1,4	13,9
August 2000	72,3	65,2	7,1	9,8	1,0	1,4	14,1
September 2000	72,3	65,2	7,1	9,8	1,0	1,4	14,1
Oktober 2000	72,3	65,1	7,2	10,0	1,0	1,4	13,9

¹⁾ Alle Angaben zum Ende der Periode.

Quellen: Goskomstat: Russia in Figures, S. 79 ff., Moskau 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., S. 192; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 8.12.00.

Öffentliche Haushalte

Der Zustand des Föderationshaushalts hat sich tief greifend geändert: Im ersten Halbjahr 2000 wies dieser einen deutlichen Überschuss von nahezu 4 % des Bruttoinlandsprodukts auf (Tabelle 6). Im Vorjahresvergleich kam es zu einem deutlichen Anstieg der föderalen Einnahmen; sie stiegen von 13,5 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1999 auf 17,2 % im ersten Halbjahr 2000. Für die ersten zehn Monate des Jahres liegen bisher nur Eckdaten für die Einnahmen, Ausgaben und das Defizit vor; sie zeigen allerdings, dass der Überschuss des Föderationshaushalts nach der Jahresmitte wieder schrumpfte. Bei rückläufigen Einnahmen (auf 16 % des BIP) lag er im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 bei 2,3 %.¹⁰

In der Vergangenheit wurde die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte vielfach auf die geringe Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen zurückgeführt. Die Institutionenökonomik geht davon aus, dass die Funktion von Institutionen darin besteht, Unsicherheit zu reduzieren. Dabei ist zwischen der Existenz von Regeln und ihrer Durchsetzung bzw. Einhaltung zu unterscheiden. Angenommen wird, dass erst beides zusammen niedrige Transaktionskosten bewirkt. Ein Sinken der Transaktionskosten führt demnach über eine Ausweitung des Transaktionsvolumens zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.¹¹ Lassen also die gestiegenen Einnahmen

des Föderationshaushalts auf eine Verbesserung der Institutionen und damit gesunkene Transaktionskosten schließen? Folgende Umstände sind zu berücksichtigen:

Erstens stiegen die Steuerrückstände der Unternehmen gegenüber dem Föderationshaushalt, die oftmals als Maß für die schlechte Durchsetzung geltender Institutionen herangezogen werden, sogar weiter.¹²

Zweitens sind die Einnahmenezuwächse des Föderationshaushalts im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Belebung zu sehen. So stieg das Körperschaftsteueraufkommen, aber auch das Aufkommen aus der Mehrwertsteuer deutlich (Tabelle 6). Die zugrunde liegenden höheren Gewinne der Unternehmen können allerdings bestenfalls partiell durch die Einführung und Durchsetzung effizienter Institutionen erklärt werden.

¹⁰ Vgl. Bank of Finland: Russian & Baltic Economies. The Week in Review, No. 45/2000.

¹¹ Vgl. z. B. H. Engerer, S. Voigt: Institutionen und Transformation — Mögliche Politikimplikationen der Neuen Institutionenökonomik. In: Klaus F. Zimmermann et al.: Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft. Bedeutung und mögliche Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik und wirtschaftswissenschaftliche Beratung, 2000.

¹² Beliefen sie sich am 1. September 1999 noch auf 268,8 Mrd. Rubel, so lagen sie am 1. September 2000 bei 332,5 Mrd. Rubel — dies entspricht einer nominalen Zuwachsrate von etwa 24 %. In realen Größen lag der Zuwachs etwa bei 5 %.

Tabelle 6

Föderaler Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000
	in % der Gesamteinnahmen/-ausgaben						in % des BIP					
Einnahmen, insgesamt	100	100	100	100	100	100	15,1	13,2	13,7	11,3	13,5	17,2
Steuereinnahmen												
Körperschaftsteuer	17,9	11,5	10,4	11,5	13,2	15,3	2,7	1,5	1,4	1,3	1,8	2,6
Einkommensteuer	1,4	1,8	0,5	0,0	3,3	2,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,4	0,4
Verbrauchssteuern	7,5	16,0	16,1	17,4	13,8	12,6	1,1	2,1	2,2	2,0	1,9	2,2
Mehrwertsteuer	30,9	35,9	37,4	34,6	36,1	34,7	4,7	4,7	5,1	3,9	4,9	6,0
Steuern auf den Außenhandel und außenwirtschaftliche Transaktionen	.	.	.	.	14,1	20,4	.	.	.	.	1,9	3,5
Nutzung natürlicher Ressourcen	.	.	.	.	1,7	1,4	.	.	.	.	0,2	0,2
Außenwirtschaft	.	.	.	5,1	5,7	3,1	.	.	.	0,6	0,8	0,5
Einnahmen aus Staatsvermögen	.	.	.	.	1,1	2,0	.	.	.	.	0,1	0,3
aus Privatisierung	2,1	0,3	5,5	5,0	.	.	0,3	0,0	0,7	0,6	.	.
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	.	9,0	7,1	.	.	.	.	1,2	1,2
Sonstige Einnahmen	40,2	34,6	30,2	26,3	2,0	1,3	6,1	4,6	4,1	3,0	0,3	0,2
Ausgaben, insgesamt	100	100	100	100	100	100	15,6	14,4	14,7	14,5	14,6	13,5
Volkswirtschaft	14,3	11,4	12,1	.	.	.	2,2	1,6	1,8	.	.	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	2,9	2,5	2,0	.	.	.	0,4	0,4	0,3
Landwirtsch., Fischerei	.	.	.	0,8	1,4	1,2	.	.	.	0,1	0,2	0,2
Transport, Kommunikation	.	.	.	.	0,2	0,2	.	.	.	.	0,0	0,0
Sozial-kulturelle Zwecke	8,2	8,9	16,6	14,7	12,8	14,6	1,3	1,3	2,4	2,1	1,9	2,0
Verteidigung	20,6	20,6	21,9	14,6	17,5	20,7	3,2	3,0	3,2	2,1	2,6	2,8
Verwaltung und Rechtsorgane	10,2	10,9	14,9	10,4	10,6	13,6	1,6	1,6	2,2	1,5	1,5	1,8
Schuldendienst	.	.	.	27,4	24,5	21,4	.	.	.	4,0	3,6	2,9
Umweltschutz	.	.	.	.	0,4	0,4	.	.	.	.	0,1	0,1
Finanzausgleichszahlungen	.	.	.	.	9,3	11,9	.	.	.	.	1,4	1,6
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	.	8,3	8,0	.	.	.	.	1,2	1,1
Sonstige Ausgaben	46,7	48,1	34,6	29,2	20,9	13,9	7,3	7,0	5,1	4,2	3,1	1,9
Saldo in % der Ausgaben/ des BIP	-3,4	-8,4	-7,3	-22,2	-8,0	28,1	-0,5	-1,2	-1,1	-3,2	-1,2	3,8

Quellen: Goskomstat; Rosstat; Berechnungen der Institute.

Drittens gingen die Einnahmesteigerungen bei den Außenhandelssteuern vor allem auf die gestiegenen Weltmarktpreise für Energieträger zurück. Diese Einnahmen machten etwa ein Fünftel der Gesamteinnahmen der Föderation aus. Eine derartige Steuerbelastung schafft für die Unternehmen weitere Anreize zur Steuerumgehung.¹³

Viertens sind Körperschaftsteuer, Einkommensteuer, Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern Teil eines Systems. Die Föderation bestimmt nicht nur den Steuersatz, sondern auch die Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Föderationsebene und nachgeordneten Gebietskörperschaften. Die im Jahresverlauf eingeführten rechtlichen Änderungen zielen allesamt auf eine Steigerung des Föderationsanteils; die Einnahmen des konsoli-

dierten Haushalts dagegen sind gegenüber dem Vorjahr sogar leicht rückläufig (Tabelle 7).

Damit ist die verbesserte Finanzlage der Föderation kaum als Ergebnis institutioneller Fortschritte zu bewerten. Vielmehr handelt es sich auch um Verlagerungen innerhalb des fiskalischen und quasi-fiskalischen Sektors sowie um eine Rezentralisierung von Staatseinnahmen.¹⁴

¹³ Ein aktueller Steuerbericht der russischen Regierung weist darauf hin, dass es den Unternehmen derzeit — vor allem durch interne Buchungen — gelingt, ihre Steuerbelastung deutlich zu senken. Vgl. The Moscow Times vom 29. November 2000.

¹⁴ Ein Ausdruck der Rezentralisierungstendenz war auch die im Sommer 2000 durchgesetzte Zusammenfassung der 89 Föderationssubjekte in sieben Distrikte, denen jeweils ein von der Zentralregierung eingesetzter Gouverneur vorsteht.

Tabelle 7

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000	1995	1996	1997	1998	1999	1. Hj. 2000
	in % der Gesamteinnahmen/-ausgaben						in % des BIP					
Einnahmen, insgesamt	100	100	100	100	100	100	26,1	24,8	27,3	25,5	26,3	25,7
Steuereinnahmen												
Körperschaftsteuer	27,0	17,3	14,7	14,5	18,4	23,3	7,0	4,3	4,0	3,7	4,8	6,0
Einkommensteuer	8,4	10,1	10,6	10,4	9,8	9,3	2,2	2,5	2,9	2,7	2,6	2,4
Verbrauchssteuern	5,6	9,6	9,6	10,5	9,1	10,5	1,5	2,4	2,6	2,7	2,4	2,7
Mehrwertsteuer	22,0	25,8	25,7	24,8	24,0	27,5	5,7	6,4	7,0	6,3	6,3	7,1
Außenwirtschaft	4,6	3,0	1,6	2,7	2,9	2,1	1,2	0,7	0,4	0,7	0,8	0,5
Einnahmen												
aus Staatsvermögen	.	.	1,3	2,0	1,9	3,1	.	.	0,4	0,5	0,5	0,8
aus Privatisierung	.	.	3,3	2,5	.	.	.	.	0,9	0,6	.	.
Zweckgebundene Fonds	.	.	7,7	6,6	8,1	9,5	.	.	2,1	1,7	2,1	2,4
Sonstige Einnahmen	32,3	34,2	25,5	25,9	26,0	14,7	8,4	8,5	7,0	6,6	6,8	3,8
Ausgaben, insgesamt	100	100	100	100	100	100	29,4	28,9	32,3	31,2	27,5	25,5
Volkswirtschaft	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Industrie, Energie,												
Bauwirtschaft	7,4	6,0	6,0	3,1	2,5	2,1	2,2	1,7	1,9	1,0	0,7	0,5
Landwirtsch., Fischerei	4,2	3,9	3,7	2,9	2,9	2,9	1,2	1,1	1,2	0,9	0,8	0,7
Transport,												
Kommunikation	2,7	.	2,8	2,3	2,1	1,9	0,8	.	0,9	0,7	0,6	0,5
Sozial-kulturelle Zwecke	26,0	28,9	32,2	29,2	29,2	30,4	7,7	8,4	10,4	9,1	8,0	7,8
Bildung	11,6	.	.	.	.	.	3,4	.	.	.	.	.
Gesundheit	8,3	.	.	.	.	.	2,4	.	.	.	.	.
Soziale Sicherung	4,2	.	.	.	.	.	1,2	.	.	.	.	.
Verteidigung	9,8	9,8	9,7	7,7	9,3	10,9	2,9	2,8	3,1	2,4	2,6	2,8
Verwaltung und												
Rechtsorgane	7,7	.	10,5	9,1	9,6	11,4	2,3	.	3,4	2,8	2,7	2,9
Außenwirtschaft	4,4	4,1	.	.	.	.	1,3	1,2	.	.	.	.
Schuldendienst	5,1	6,6	4,9	17,7	13,0	14,3	1,5	1,9	1,6	5,5	3,6	3,7
Umweltschutz	.	.	0,5	0,4	0,4	0,4	.	.	0,2	0,1	0,1	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	5,2	7,4	8,2	.	.	.	1,6	2,0	2,1
Sonstige Ausgaben	8,6	40,9	29,7	22,5	23,6	17,5	2,5	11,8	9,6	7,0	6,5	4,5
Saldo in % der Ausgaben/ des BIP	-11,2	-14,4	-15,2	-18,4	-4,3	0,7	-3,3	-4,2	-4,9	-5,8	-1,2	0,2

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1996 g. und 1997 g.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2000, Moskau 2000; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 2000, Moskau 2000; Russisches Finanzministerium; DIW et al., verschiedene Ausgaben.

Davon wird die Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit des fiskalischen Föderalismus wesentlich berührt. Theoretisch erhält die Verteilung von Staatsaufgaben über verschiedene staatliche Ebenen ihre Legitimation vor allem durch regional unterschiedliche Präferenzen und Informationen. Zu den wenigen öffentlichen Gütern, deren flächendeckende Bereitstellung durch eine Zentralregierung sinnvoll ist, gehört vor allem die Landesverteidigung, die Außenpolitik, aber auch eine einheitliche Rechtsordnung. Dagegen kann die Bereitstellung regionaler öffentlicher Güter durch nachgeordnete Gebietskörperschaften gegenüber einer einheitlichen Versorgung durch die Zentralbehörden zu Effizienzgewinnen führen.¹⁵

Die russische Variante des Föderalismus enthält Elemente des kompetitiven Föderalismusmodells, bei dem

die einzelnen Regionen zueinander in einer Konkurrenz-situation stehen.¹⁶ Dies gilt sowohl in Bezug auf die Besteuerung von wirtschaftlichen Aktivitäten als auch in Bezug auf das Angebot regionaler öffentlicher Güter. Zusätzlich findet derzeit offensichtlich ein ungleicher Wettbewerb zwischen Zentrum und Regionen um die Staatseinnahmen statt. Da die Gesetzgebungskompetenz bei der Zentrale liegt, hat sie in diesem Steuerwettbewerb deutliche Vorteile. Tatsächlich wird die „offizielle“ Finanzlage der

¹⁵ Vgl. vor allem W. E. Oates: Fiscal Federalism, New York u. a., 1972.

¹⁶ M. Schrooten, B. Seidel: Fiscal Federalism and Financial Resources for Regional Development — Co-operative and Competitive Models: The International Experience — An Example for Russia? DIW-Diskussionspapier Nr. 220, 2000.

russischen Föderationssubjekte zunehmend prekär. Den Einnahmезuwächsen auf der Föderationsebene stehen deutliche Einnahmееinbrüche auf der Ebene der nachgeordneten Gebietskörperschaften gegenüber. Dabei sanken die Einnahmen der 89 Gebietskörperschaften im ersten Halbjahr 2000 auf 10,1 % des BIP (einschließlich Finanzausgleichszahlungen), nachdem sie 1999 noch bei 14,1 % gelegen hatten. Um die Föderationssubjekte dabei nicht allein von der regionalen Finanzkraft abhängig zu machen, existiert zwar ein Finanzausgleich, doch hat er nur ein Volumen von etwa 1,5 % des BIP.¹⁷ Der Finanzausgleich soll eine Mindestausstattung der Regionen mit Finanzmitteln gewährleisten.

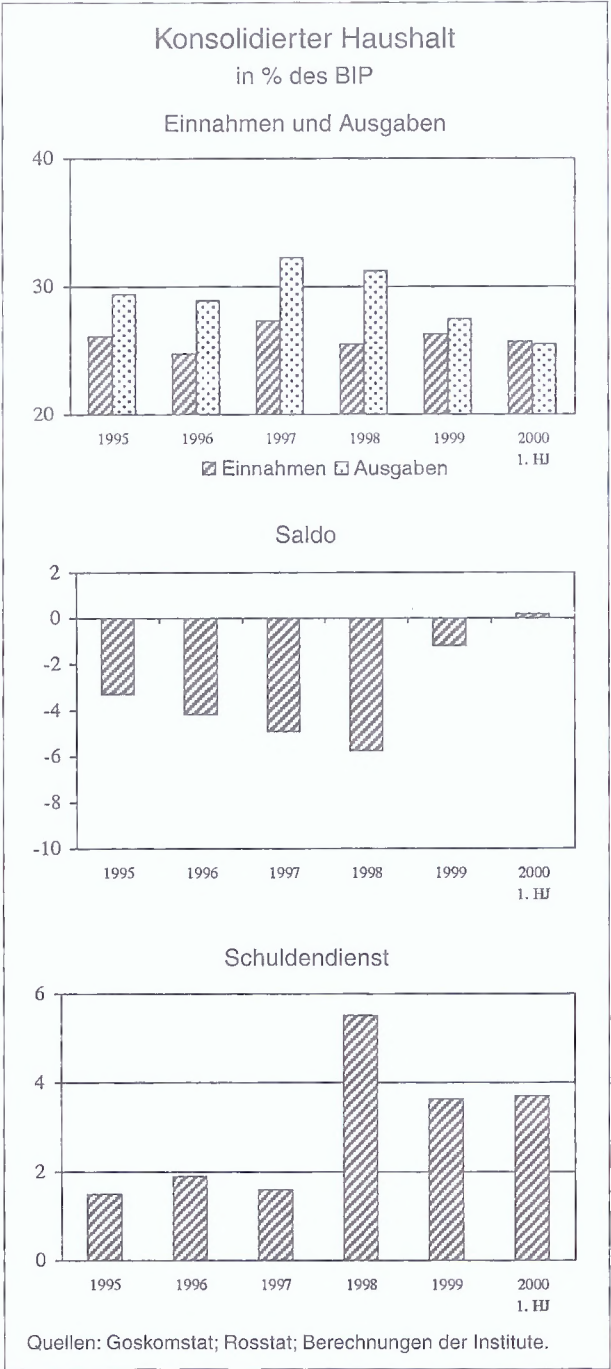
Während die nachgeordneten Gebietskörperschaften 1999 noch über die Hälfte des gesamten Steuer- und Abgabenvolumens direkt verfügten, sank ihr Anteil im ersten Halbjahr 2000 auf etwa ein Drittel. Zugleich stand den Verschiebungen bei den Steuereinnahmen zugunsten der Föderationsebene keine Ausweitung des Finanzausgleichs gegenüber. In der Folge sind die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften im ersten Halbjahr 2000 deutlich ins Defizit geraten (3,6 % des BIP, unter Berücksichtigung der Finanzausgleichszahlungen), nachdem sie in der Summe über Jahre hinweg ausgeglichen waren. Das Defizit fiel vor allem deshalb nicht noch wesentlich höher aus, weil die nachgeordneten Gebietskörperschaften nur einen begrenzten Zugang zum Kapitalmarkt haben.

Der leicht positive Saldo des konsolidierten Haushalts von 0,2 % des BIP geht demnach auf die Kombination von Überschuss des Föderationshaushalts und Defizit der nachgeordneten Gebietskörperschaften zurück (Abbildung 4). Die russische Finanzpolitik ist derzeit restriktiv ausgerichtet. Besonders deutlich zeigt sich dies an der (konsolidierten) Primärbilanz:¹⁸ Diese wies — bei im Vorjahresvergleich rückläufigem Schuldendienst — im ersten Halbjahr 2000 einen Überschuss von 3,9 % des BIP aus. Die Föderationsebene, der wichtigste russische Schuldner auf dem internationalen und nationalen Kapitalmarkt, hatte sogar einen Primärüberschuss von 6,9 % des BIP.

Angesichts dieser Eckdaten kann der russische Staat nicht länger Probleme bei der Steuereintreibung als Argument für Zahlungsverzögerungen, Umschuldungen und Nichtzahlungen auf dem internationalen Finanzmarkt vorbringen. Umso eher können die internationalen und nationalen Gläubiger bei einer möglichen Bereitschaft zu Zugeständnissen eine Verbesserung der Institutionen in der Russischen Föderation einfordern. Denn deren Funktions- und Leistungsfähigkeit ist für eine dauerhafte Erholung von wesentlicher Bedeutung.¹⁹

Nach den Haushaltsplanungen für das Jahr 2001 soll der finanzpolitische Restriktionskurs leicht gelockert werden.²⁰ Der noch nicht verabschiedete Entwurf für den föderalen Haushalt sieht im nächsten Jahr Einnahmen von 15,4 % des BIP vor.²¹ Bei einem insgesamt ausgeglichene-

Abbildung 4



¹⁷ Im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland ist dieses Volumen gering. Bei einem solchen Vergleich ist allerdings zu beachten, dass in Russland die Schaffung von gleichen oder gleichwertigen Lebensbedingungen in unterschiedlichen Regionen kein zentrales Verfassungsziel ist. Vielmehr dient dort der Föderalismus — ganz im Sinne der Theorie — dazu, heterogene Gebilde zu einem Gesamtstaat zusammenzufassen.

¹⁸ Primärbilanz = Einnahmen – Ausgaben ohne Zinsausgaben.

¹⁹ C. Buch, R. P. Heinrich, L. Lusinyan, M. Schrooten: Russia's Debt Crisis and the Unofficial Economy. DIW-Diskussionspapier Nr. 208, 2000, und Kiel Working Paper Nr. 978, 2000.

²⁰⁺²¹ Folgen auf Seite 854

nen Budget beträgt der geplante Überschuss der Primärbilanz 3,1 % des BIP.

Grundzüge der Steuerreform²²

Seit langem werden in der Russischen Föderation Reformen der Steuergesetzgebung diskutiert. Hintergrund ist, dass im Zuge der Transformation ein Steuerrecht entstand, das bestenfalls in Ansätzen elementaren Ansprüchen an ein modernes Steuersystem genügt. Derzeit prägen noch Intransparenz, diskretionäre Steuervergünstigungen und spontane steuerrechtliche Veränderungen das Bild. Ein modernes Steuerrecht erfordert dagegen nicht nur Rechtsstaatlichkeit, sondern auch Transparenz bei der Besteuerung, Einfachheit und administrative Effizienz, fiskalische Ergiebigkeit sowie Investitions-, Spar- und Umweltfreundlichkeit.²³

Die jetzt verabschiedete Steuerreform, die zum 1. Januar 2001 in Kraft treten soll, setzt vor allem bei der Neugestaltung der Steuersätze, aber auch bei der Neubestimmung der Steuerbasis an. Die Steuerreform betrifft insbesondere die Einkommensteuer für natürliche Personen, die Mehrwertsteuer und die Verbrauchsteuern. Bestandteil der aktuellen Steuerreform ist auch eine Reform der Sozialabgaben. Die definitive und damit langfristige Aufteilung des Steueraufkommens auf die unterschiedlichen föderalen Ebenen wird auch bei dieser Steuerreform ausgeklammert, ebenso wie die Körperschaftsteuer; für sie gilt weiterhin der maximale Steuersatz von 30 %.²⁴ Wenn trotzdem die steuerliche Belastung der Unternehmen als erdrückend empfunden wird, so geht dies einerseits auf die begrenzte Abzugsfähigkeit betrieblicher Kosten zurück, andererseits auf die zusätzlich zur Körperschaftsteuer von den nachgeordneten Gebietskörperschaften — einschließlich Gemeinden — erhobenen Steuern und Abgaben.

Die radikalste Veränderung des Steuerrechts betrifft die Einkommensteuer für natürliche Personen. Bislang war diese Steuer progressiv ausgestaltet, mit einem Eingangssteuersatz von 12 % und einem Spitzensteuersatz von 30 %. Trotz der Progression trug die Einkommensteuer natürlicher Personen wenig zum Gesamteueraufkommen bei. Wenngleich alle Einkommen natürlicher Personen unter diese Steuerart fallen, so wurde sie bislang in erster Linie auf gemeldete Löhne der Unternehmen erhoben. Angesichts einer ineffektiven Steueradministration gab es insbesondere für Freiberufler und Selbständige nur wenig Anreiz, die tatsächlichen Einkommen zu melden und die entsprechenden Steuern abzuführen. Mit dem 1. Januar 2001 tritt eine massive Vereinfachung in Kraft: Es wird unabhängig von der Einkommenshöhe ein einheitlicher Steuersatz von 13 % erhoben. Erklärtes Ziel dieser Teilreform ist es, durch den niedrigen Steuersatz Steuerhinterziehung oder die Nichtdeklarierung von Ein-

kommen unattraktiv erscheinen zu lassen. Ob das Ziel der freiwilligen Deklaration von Einkommen allein mit einem einheitlichen niedrigen Steuersatz erreicht werden kann, muss indes offen bleiben, schon allein deshalb, weil es kaum einem Zweifel unterliegt, dass die Regierung in einigen Jahren wieder zu einer progressiven Besteuerung zurückkehren will.

Reformiert werden auch die Abgaben. Für die verschiedenen Sozialfonds fallen bislang alle Lohneinkommen unter einen Abgabensatz von insgesamt 39,5 %. Diese „einheitliche Sozialsteuer“ wird vom 1. Januar 2001 an durch eine regressive Besteuerung ersetzt. Der künftige Eingangssteuersatz liegt bei 35,6 %, der niedrigste Steuersatz für Jahreseinkommen über 600 000 Rubel bei 2 %. Mit der Reform sinkt nicht nur der Sozialabgabensatz, sondern zugleich werden die bisherigen Sozialfonds zusammengeführt. Ziel ist es, deren Transparenz und Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Weit weniger tief greifend sind die Änderungen in Bezug auf die Mehrwertsteuer; sie betreffen vor allem die Abschaffung zahlreicher Ausnahmeregelungen und die Abwicklung von außenwirtschaftlichen Transaktionen.²⁵ Unverändert bleibt dagegen der allgemeine Mehrwertsteuersatz von 20 %. Weiterhin wird ein reduzierter Steuersatz von 10 % auf ausgewählte Lebensmittel und Kinderbekleidung angewandt. Die Reform der Verbrauchsteuern zielt im Wesentlichen auf eine Steuererhöhung. Kompliziert ist die Alkoholsteuer definiert: Je nach Getränk und Alkoholgehalt fallen unterschiedliche Steuern an.

Insgesamt bleibt die Steuerreform deutlich hinter den Erwartungen zurück: Zum einen gelten die bisherigen Regelungen zur Unternehmensbesteuerung weiterhin; die Möglichkeit, zusätzliche Investitionsanreize beispielsweise durch verbesserte Abschreibungsregelungen zu schaffen, wird nicht genutzt. Zum anderen wird der in der Öffentlichkeit stark diskutierte einheitliche Einkommensteuersatz von 13 % nicht zwangsläufig zu einer Steigerung der Zahlungsmoral führen. Bisherige Steuersünder haben kaum Anreize, von der inoffiziellen Wirtschaft in die offizielle zu wechseln und ihr faktisches Einkommen zu deklarieren. Dies gilt umso mehr, als bereits jetzt wieder eine Steigerung des Steuersatzes erwartet wird (Tabelle 8).

²⁰ Dieser wurde auf der Grundlage einer prognostizierten Wachstumsrate von 4 %, einer Inflationsrate von 12 %, einem jahresdurchschnittlichen Wechselkurs von 30 RUB/USD und einem Ölpreis von 20 USD/Barrel formuliert.

²¹ Bank of Finland: Russian & Baltic Economies. The Week in Review, No. 41/2000.

²² Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 32/2000. Nalogovoj kodeks Rossijskoj Federacii. Čast' vtoraja.

²³ J. Lang: Entwurf eines Steuergesetzbuches, Bonn 1993.

²⁴ Sonderregelungen gelten für Banken und Versicherungen.

²⁵ International Monetary Fund (IMF), Staff Report for the 2000 Article IV Consultations, Washington, DC. (www.imf.org).

Geldpolitik und Bankensektor

Die Situation im Finanzsektor wird von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Einerseits ist auf makroökonomischer Ebene ein beachtlicher Grad an Stabilität erreicht worden. Nach dem starken Preisanstieg infolge der Rubelabwertung im Jahre 1998 wird für das Jahr 2000 eine Jahresinflation von etwa 20 % erwartet. Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar ist im Jahresverlauf weitgehend konstant geblieben; gegenüber dem Euro hat der Rubel sogar nominal aufgewertet. An diesen Indikatoren gemessen kann die Wirtschaftspolitik somit als relativ erfolgreich bezeichnet werden. Auf mikroökonomischer Ebene stellt sich die Lage jedoch weniger positiv dar. Letztlich hängt aber der dauerhafte Erfolg der makroökonomischen Stabilisierung auch davon ab, welche Fortschritte in diesem Bereich, insbesondere bei der Reform des Bankensystems, gemacht werden.

Ein entscheidender Faktor für die monetäre Stabilisierung war die positive fiskalische Entwicklung, durch die der Druck von der Zentralbank genommen wurde, Haushaltsdefizite zu monetarisieren. Die Nettokreditvergabe an die Regierung ist in der ersten Hälfte des Jahres 2000 nominal zurückgegangen.²⁶ Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Einlagen der Regierung bei der Zen-

tralbank, die sich in den ersten drei Quartalen 2000 verdreifacht haben, zurückzuführen.²⁷ Insgesamt fiel der Anteil der Nettokreditvergabe an die Regierung an der Basisgeldmenge, der nach der Krise stark gestiegen war, in der ersten Jahreshälfte von 95 % auf 43 % (Tabelle 9). Gleichzeitig nahm aufgrund der wirtschaftlichen Erholung die Geldnachfrage und damit auch die reale Geldmenge zu.

Noch immer fehlen der Zentralbank allerdings marktgestützte Instrumente zur geldpolitischen Steuerung. Auch wenn die Zentralbank seit Anfang 1999 einen real positiven Refinanzierungssatz ausweist (Abbildung 5), so ist dieser Zinssatz faktisch irrelevant für die Refinanzierung der Banken. Stattdessen wird die Liquidität im Bankensektor vorwiegend über Änderungen der Mindestreservesätze gesteuert;²⁸ zudem hat die Zentralbank verstärkt eine eigene Einlagenfazilität angeboten. Insgesamt ist die Bruttokreditvergabe an die Banken in der ersten

²⁶ Vgl. International Monetary Fund (IMF), a.a.O.

²⁷ http://www.cbr.ru/eng/dp/denvl_00_engl.htm, Stand: 16. November 2000.

²⁸ Mit Wirkung vom Januar 2000 an hat die Zentralbank den Mindestreservesatz auf Einlagen von Unternehmen von 8,5 auf 10 % und für Privatkonten von 5,5 auf 7 % erhöht (http://www.cbr.ru/eng/dp/res_int_intr_engl.htm, Stand: 16. November 2000).

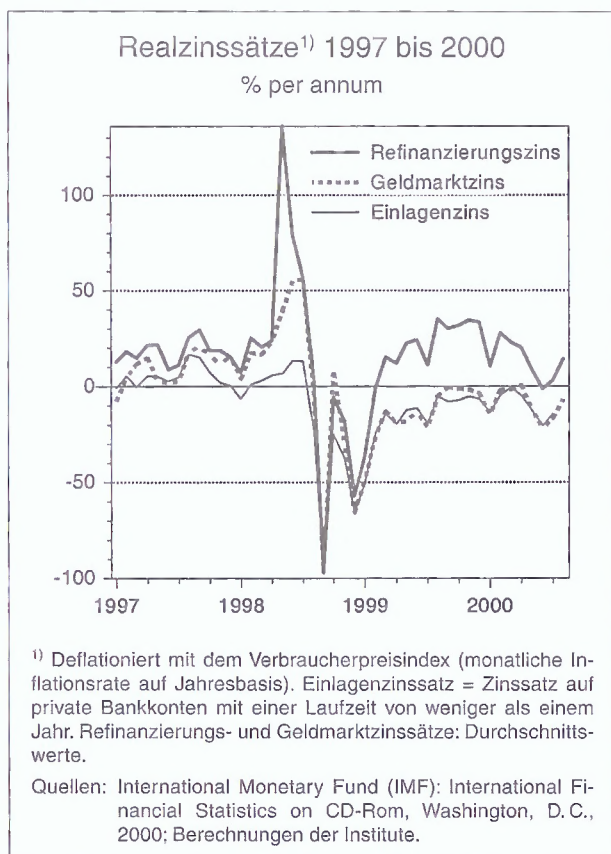
Tabelle 8

Wichtige steuerrechtliche Änderungen zum 1. Januar 2001

Steuerart	Bemessungsgrundlage und Steuersatz
Persönliche Einkommensteuer	Einheitlicher persönlicher Einkommensteuersatz in Höhe von 13 %
Sozialabgabe	Die Steuer soll Zahlungen in den Renten-, Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsfonds ersetzen Standardsätze für Arbeitgeber: — 35,6 % bei einem Jahreseinkommen unter 100 000 Rubel — 20 % auf Einkommen zwischen 100 000 und 300 000 Rubel — 10 % auf Einkommen zwischen 300 000 und 600 000 Rubel — 5 % auf Einkommen über 600 000 Rubel; ab Januar 2002 wird dieser Satz auf 2 % reduziert — Der Beitrag der Arbeitnehmer in den Rentenfonds in Höhe von 1 % wird gestrichen
Mehrwertsteuer	— Der allgemeine Mehrwertsteuersatz beträgt 20 % — Für Grundnahrungsmittel und Kinderkleidung gilt wie bisher ein Satz von 10 % — 0 % auf Exportgüter — 0 % auf Warenlieferungen in die GUS; Öl- und Gasexporte in die GUS unterliegen jedoch der Mehrwertsteuer
Verbrauchssteuern	— 8 bis 88 Rubel auf 1 Liter reinen Alkohol; für Wodka gilt der Höchstsatz — 1 bis 3,30 Rubel auf 1 Liter Bier — 35 bis 55 Rubel auf 1 000 Zigaretten — 405 Rubel/Kilo Pfeifentabak — 166 Rubel/Kilo Rauchtabak — 10 Rubel/Zigarre — 75 Rubel/1 000 Zigarillo und Filterzigaretten — 66 Rubel/Tonne Gas und Gaskondensat — 1 350 bis 1 850 Rubel/Tonne Benzin (abhängig von der Oktanzahl) — 550 Rubel/Tonne Dieselmotortreibstoff

Quelle: Sobrańie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 32/2000.

Abbildung 5



Hälfte des Jahres stabil geblieben. Aufgrund eines Anstiegs der Einlagen der Banken bei der Zentralbank sind die Nettokredite weiter gesunken (Tabelle 9).

Teilweise ist das Fehlen marktgestützter Instrumente der geldpolitischen Steuerung darauf zurückzuführen, dass der heimische Wertpapiermarkt faktisch zusammengebro-

Tabelle 9

Veränderung der Geldbasis 1997 bis 2000
Beiträge in %

	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
Fremdwährungsreserven (netto)	13,6	-97,0	-23,6	51,5
Inländische Aktiva (netto)	86,4	197,0	123,6	48,5
Kredite an die Regierung (netto)	116,5	131,3	95,3	43,0
Kredite an Banken (netto)	-13,0	-11,3	-14,2	-31,1
Andere (netto)	-17,1	77,0	42,4	36,5
Memorandum:				
Internationale Währungsreserven (Mrd. US-Dollar)	17,8	12,2	12,6	21,2
Geldbasis (Mrd. Rubel)	164,5	210,4	324,3	397,2

¹⁾ Juni.

Quellen: IMF, a.a.O., 2000; Berechnungen der Institute.

chen ist und die Zentralbank daher nicht auf Offenmarktoperationen zurückgreifen kann. In einem beträchtlichen Maße spiegeln sich hierin jedoch auch die tief greifenden Probleme des russischen Bankensektors wider, die in der Krise des Jahres 1998 besonders deutlich wurden. Hohe Verbindlichkeiten in ausländischer Währung, gekoppelt mit hohen Forderungen an die russische Regierung, die faktisch wertlos geworden sind, haben zur Insolvenz vieler Banken geführt. Bisher ist eine langfristige Lösung der entstandenen Probleme nicht in Sicht, auch wenn es einige Ansätze zu Reformen gegeben hat. Ohne eine solche Lösung läuft die Zentralbank aber immer wieder Gefahr, eigentlich insolvente Banken mit Liquidität zu versorgen.

Ein weiterer Faktor, der den geldpolitischen Handlungsspielraum einschränkt, ist das währungspolitische Ziel, eine erneute reale Aufwertung des Rubels zu verhindern. Die beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüsse der vergangenen Monate sind zwar in der Hauptsache in Kapitalexporte des privaten Sektors geflossen. Rund ein Drittel der Überschüsse hat jedoch auch in einem Aufbau an Währungsreserven der Zentralbank, die Mitte 2000 in etwa wieder ihr Vorkrisenniveau erreichten und seither weiter gestiegen sind, seinen Niederschlag gefunden. Erstmals seit Ausbruch der Krise haben damit die Nettowährungsreserven wieder einen positiven Beitrag zur Geldbasis geliefert (Tabelle 9). Da jedoch die Zentralbank nur wenige Möglichkeiten hat, diesen Zufluss an Währungsreserven zu sterilisieren und somit einen unkontrollierten Anstieg der Geldmenge zu verhindern, erhöht eine solche Politik letztlich den Inflationsdruck, der bislang durch einen Anstieg der Geldnachfrage und damit der realen Geldmenge aufgefangen werden konnte (Abbildung 6). Sollten jedoch das Wirtschaftswachstum nachlassen oder die noch immer negativen realen Zinssätze auf inländische Depositen größeres Gewicht bei den Anlageentscheidungen russischer Investoren erhalten, könnte sich diese Tendenz umkehren.

Insgesamt hat der russische Bankensektor praktisch nichts zur Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung beigetragen. Im Wesentlichen haben die Banken in den vergangenen zwei Jahren ihre Bilanzen weg von Krediten an die Regierung hin zu ausländischen Aktiva und einer erhöhten Reservehaltung umstrukturiert.²⁹ Der Anteil der Forderungen an den privaten Sektor an der Gesamtbilanz ist von fast 40 % Ende 1997 auf 34 % Mitte 2000 gesunken (Tabelle 10).³⁰ Allein in der ersten Jahreshälfte 2000 ging das reale Kreditvolumen um 12 % zurück (Abbildung 6).

Bislang konnte der realwirtschaftliche Aufschwung hauptsächlich durch Gewinne des Unternehmenssektors

²⁹ Der Anstieg der Auslandsforderungen reflektiert zum Teil auch einen Bewertungseffekt.

³⁰ Viele dieser Forderungen sind in Dollar denominiert und daher durch die Abwertung aufgewertet worden; dies ist beim Rückgang an Krediten zur Finanzierung von Investitionen zusätzlich zu berücksichtigen.

Tabelle 10

Bilanzstruktur der russischen Geschäftsbanken 1994 bis 2000

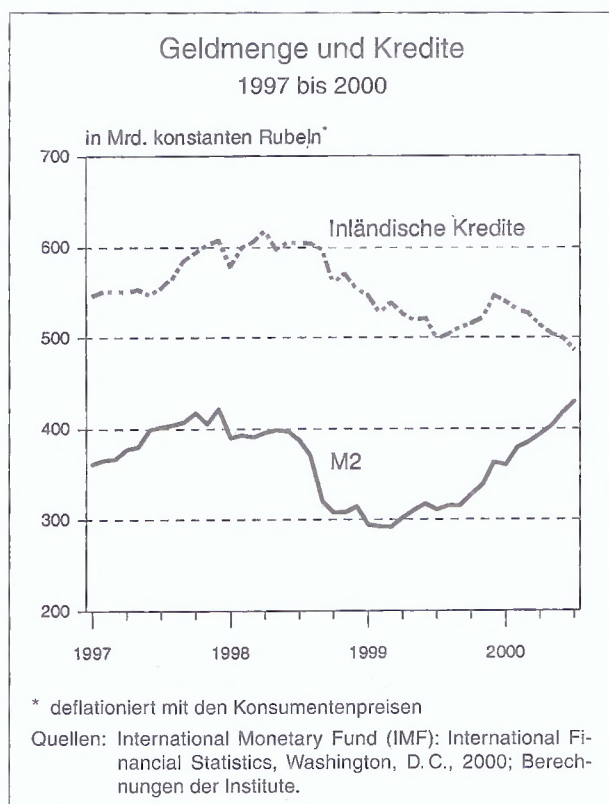
Angaben in %

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
Aktiva							
Reserven	11,7	10,7	9,5	11,8	7,3	10,3	15,5
Forderungen an das Ausland	23,9	13,5	14,6	11,8	23,5	23,9	22,2
Forderungen an die Regierung	5,2	18,3	30,3	31,5	27,8	28,2	24,7
Forderungen an staatliche Unternehmen	23,4	18,2	13,9	5,4	3,5	3,0	3,1
Forderungen an den Privatsektor	35,9	39,1	31,6	38,3	37,1	33,7	33,5
Forderungen an Finanzinstitutionen	0,0	0,2	0,0	1,3	0,8	0,8	1,0
Verbindlichkeiten							
Sichteinlagen	15,8	20,3	17,5	26,3	16,0	16,1	17,7
Termin- und Fremdwährungseinlagen	29,7	36,4	33,1	25,7	30,4	29,5	31,2
dar: Fremdwährungseinlagen	18,1	16,1	14,0	13,0	20,5	18,7	19,4
Geldmarktinstrumente	1,7	3,5	6,1	6,9	4,6	7,0	6,1
Beschränkte Einlagen	0,0	0,0	0,0	1,0	2,4	0,7	1,8
Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland	7,0	8,8	11,8	16,9	21,8	14,4	11,1
Einlagen der Regierung	3,4	2,8	2,3	3,0	2,2	1,8	3,7
Kredite der Zentralbank	8,3	2,3	1,4	1,4	7,7	12,9	10,7
Eigenkapital	12,7	19,5	24,9	23,3	16,9	18,9	18,1
Andere Aktiva (netto)	21,4	6,5	2,8	-4,4	-2,1	-1,2	-0,3
Memorandum:							
Nettoauslandsaktiva	16,9	4,7	2,8	-5,1	1,8	9,6	11,1

¹⁾ Juli.

Quelle: IMF, a.a.O., 2000; Berechnungen der Institute.

Abbildung 6



finanziert werden; ein effizientes System der Finanzintermediation war daher zunächst weniger erforderlich. Eine solche Investitionsfinanzierung stößt jedoch an ihre Grenzen, sobald innerhalb des Unternehmenssektors aktuelle und künftige Gewinnmöglichkeiten auseinanderfallen oder zunehmend Ersparnisse des privaten Sektors zur Investitionsfinanzierung bereitstehen sollen. Um dem russischen Bankensektor mittel- bis langfristig eine Rolle bei der Intermediation von Finanzmitteln zukommen zu lassen, wären also umfassende Reformen nötig. Diese müssten die Schließung unrentabler Banken, die Öffnung für Wettbewerb von außen, eine Strategie zur Reform des Sparkassensystems (Sberbank) und den Rückzug des Staates aus dem Geschäftsbankenbereich umfassen. Auch wenn dazu eine Reihe von Gesetzen erlassen worden ist und sich die Zentralbank von ihren noch bestehenden Geschäftsbankaktivitäten trennen will, sind die sichtbaren Fortschritte gering. Dagegen erfreuen sich Pläne, den staatlichen Einfluss auf das Bankensystem durch so genannte Entwicklungsbanken beizubehalten oder sogar zu erhöhen, nach wie vor großer Beliebtheit.

Wechselkurspolitik und Zahlungsbilanzentwicklung

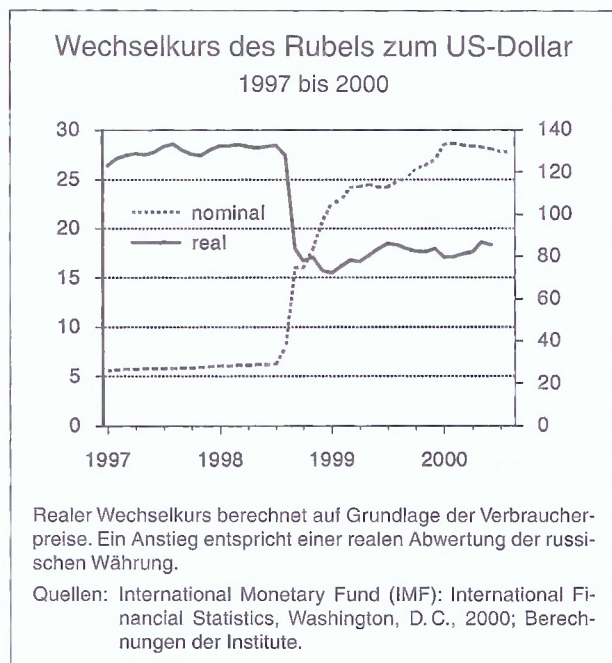
Die Russische Zentralbank verfolgt offenbar das Ziel, eine reale Aufwertung des Rubels zu verhindern. Obwohl

seit der spekulativen Attacke 1998 offiziell kein Wechselkursziel besteht, ist es der Russischen Zentralbank mittels Devisenmarktinterventionen gelungen, den nominalen Wechselkurs zum US-Dollar von April bis September 1999 stabil zu halten. Im ersten Quartal 2000 ließ sie eine Abwertung von monatlich 1 bis 2 % zu. Seitdem blieb der Wechselkurs praktisch stabil. Im Ergebnis hat sich der reale effektive Wechselkurs in der ersten Jahreshälfte kaum mehr verändert (Abbildung 7).

Zu den positiven Aspekten der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise zählt die Entwicklung der Leistungsbilanz, bestimmt vor allem von der realen Abwertung des Rubels und dem Anstieg der Weltmarktpreise für Öl und Gas. In der ersten Hälfte 2000 belief sich der Handelsbilanzüberschuss auf über 25 Mrd. USD (Tabelle 11). Damit lag er mehr als doppelt so hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum.³¹ In den ersten drei Quartalen 2000 erreichte er schon fast 45 Mrd. USD.³²

Die Aktivierung der Leistungsbilanz nach der Krise war zunächst fast ausschließlich auf Importsubstitution zurückzuführen. In der ersten Hälfte 2000 stabilisierten sich dann die Importe auf dem niedrigen Niveau vom entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zugleich stiegen die Exporte auf mehr als das Doppelte. Entsprechend nahm der Leistungsbilanzüberschuss zu. Der Exportboom reflektiert hauptsächlich den gestiegenen Ölpreis. Mengenmäßig haben die Exporte allerdings auch von der Abwertung profitiert, vor allem im Rohstoffbereich. Inzwischen stoßen diese Ausfuhren jedoch zunehmend an Kapazitätsgrenzen.

Abbildung 7



Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf den Weltenergiemärkten haben die EU und Russland auf ihrem Gipfeltreffen Ende Oktober 2000 neuerlich eine strategische Energiepartnerschaft vereinbart. Eine Arbeitsgruppe soll die Möglichkeiten für eine Erhöhung der Energieimporte der EU aus Russland analysieren und den Bedarf an Infrastrukturinvestitionen ermitteln.³³ Bislang wurden vor allem Vorstellungen über die Erweiterung der Transportkapazitäten bei Erdgas entwickelt. Die russische Gazprom hat mit der Gaz de France ein Kooperationsprojekt im Umfang von 1 bis 2 Mrd. USD vereinbart, das auch den Bau einer Pipeline von Russland über Weißrussland, Polen und die Slowakei nach Westeuropa vorsieht. Mit dieser Route soll die Ukraine als bisher wichtigstes — aber vornehmlich aus russischer Sicht nicht immer zuverlässiges — Transitland umgangen werden. Polen hat der Route inzwischen zugestimmt. Nicht bekannt ist, unter welchen Bedingungen Weißrussland den Transit gewährt. Insgesamt bleibt daher abzuwarten, ob eine Einigung zwischen Russland als Gasproduzenten und Weißrussland als wichtigem Transitland sowie den westeuropäischen Abnehmern zustande kommt.

Das Defizit in der Kapitalverkehrsbilanz hat sich im ersten Halbjahr 2000 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgeweitet. Die Nettokapitalexporte nahmen von 6,3 Mrd. USD auf gut 9 Mrd. USD zu. Negativ wirkte sich die geringere Zunahme der russischen Zahlungsrückstände gegenüber ausländischen Gläubigern (etwa 2,2 Mrd. USD) aus. Die ohnehin geringen Zuflüsse bei den ausländischen Direktinvestitionen waren leicht rückläufig. Auch die erhaltenen Portfolioinvestitionen gingen erneut zurück. Sie beliefen sich nur noch auf einen Bruchteil des Vorkrisenniveaus.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung gab zu der Hoffnung Anlass, dass die Kapitalflucht abnehmen oder sogar ausländische Investoren nach Russland zurückkehren würden. Diese Hoffnungen haben sich bestenfalls teilweise erfüllt. Gemessen an den statistisch nicht zuzuordnenden Transaktionen, die einen Kapitalabfluss von 4,5 Mrd. USD im ersten Halbjahr 2000 gegenüber 1,7 Mrd. USD im entsprechenden Vorjahreszeitraum ausweisen, hat sich das Problem der Kapitalflucht sogar verschärft. Die Absolutgrößen geben allerdings nur Aufschluss über die Tendenz, nicht aber über den tatsächlichen Umfang der Kapitalflucht, der wesentlich höher

³¹ Vgl. http://www.cbr.ru/eng/dp/P_balance99.htm und http://www.cbr.ru/eng/dp/P_balance00.htm, Stand: 16. November 2000.

³² Goskomstat (nach der Statistik der russischen Zentralbank).

³³ Derzeit importiert die EU aus Russland etwa 34 % ihrer gesamten Erdgas- und etwa 13 % ihrer gesamten Erdöleinfuhren. Für Deutschland belaufen sich die entsprechenden Anteile auf etwa 44 % bzw. 21 %. Vgl.: Russische Energiewirtschaft nach der Finanzkrise. Bearb.: Hella Engerer, Petra Opitz und Christian von Hirschhausen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/99, S. 404.

Tabelle 11

Zahlungsbilanz I/1999 bis II/2000
in Mill. US-Dollar

	1999					2000		
	I	II	III	IV	Jahr	I	II	1. Hj.
Saldo der Leistungsbilanz	4 457	4 206	5 801	10 838	25 301	12 159	10 804	22 964
<i>Saldo der Handelsbilanz</i>	6 454	6 881	9 525	13 361	36 220	14 440	14 350	28 789
Exporte	15 550	16 999	19 011	24 285	75 845	24 294	24 752	49 045
Importe	-9 097	-10 118	-9 486	-10 923	-39 625	-9 854	-10 402	-20 256
<i>Saldo der Nichtfaktordienstleistungen</i>	-859	-918	-995	-1 130	-3 902	-1 439	-1 945	-3 384
Exporte	1 774	2 276	2 595	2 399	9 044	1 796	2 329	4 126
Importe	-2 634	-3 194	-3 590	-3 529	-12 946	-3 235	-4 275	-7 510
<i>Faktoreinkommen</i>	-1 089	-1 835	-2 936	-1 699	-7 559	-890	-1 681	-2 571
Arbeitseinkommen	57	59	49	56	221	52	42	95
Kapitalerträge	-1 146	-1 894	-2 985	-1 755	-7 780	-943	-1 723	-2 666
erhaltene Kapitalerträge	2 175	610	310	361	3 456	2 403	598	3 001
gezahlte Kapitalerträge	-3 322	-2 504	-3 294	-2 116	-11 236	-3 346	-2 321	-5 667
<i>Laufende Übertragungen</i>	-48	78	206	306	541	49	80	129
Kapitaltransfers	-30	-95	-81	-122	-328	4	-39	-36
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	-3 944	-2 855	-4 102	-6 547	-17 448	-9 217	-9 197	-18 414
<i>Saldo der Direktinvestitionen</i>	227	188	63	687	1 164	188	315	503
Direktinvestitionen im Ausland	-415	-563	-597	-570	-2 145	-380	-202	-582
Direktinvestitionen in Russland	642	751	659	1 257	3 309	569	517	1 085
<i>Saldo der Portfolioinvestitionen</i>	67	-620	-41	-440	-1 034	623	-1 629	-1 006
Forderungen	-23	-202	306	172	254	37	9	47
Verbindlichkeiten	90	-418	-347	-612	-1 287	585	-1 638	-1 053
<i>Sonstige Kapitalbewegungen</i>	-5 311	-705	-5 201	-4 409	-15 625	-7 019	-1 612	-8 631
Forderungen	-6 306	-317	-4 899	-3 571	-15 093	-6 459	-1 206	-7 664
Veränderung der Barbestände	186	1 025	-473	68	806	-33	430	397
Laufende Konten und Depositen	-1 095	-1 535	-473	-786	-3 889	-1 476	-595	-2 071
Handelskredite	-2 032	788	-2 570	-1 961	-5 773	-1 106	12	-1 094
Sonstige Kredite	1 800	2 187	139	731	4 857	1 622	985	2 606
Überfällige Zahlungen	-4 073	-1 312	-231	-188	-5 805	-3 808	-690	-4 498
Nicht eingegangene Exporterlöse und Importvorschüsse	-960	-1 504	-1 342	-1 245	-5 051	-994	-1 087	-2 081
Sonstige Forderungen	-132	34	50	-191	-240	-664	-260	-924
Verbindlichkeiten	995	-388	-301	-838	-532	-560	-407	-967
Veränderung der Barbestände	-2	1	-7	11	3	23	42	65
Laufende Konten und Depositen	-258	644	-378	153	162	148	-348	-200
Handelskredite	104	77	48	-224	5	0	0	0
Sonstige Kredite	-1 318	-2 134	2 250	-1 333	-2 535	-1 083	-1 378	-2 462
Überfällige Zahlungen	2 437	1 198	-2 200	601	2 036	296	1 190	1 487
Sonstige Verbindlichkeiten	33	-174	-14	-46	-201	56	88	144
<i>Reserveaktiva</i>	969	-1 611	1 091	-2 227	-1 778	-3 102	-6 219	-9 321
<i>Korrekturposten*</i>	104	-107	-14	-158	-176	92	-52	41
Fehler und Korrekturposten (netto)	-484	-1 255	-1 617	-4 169	-7 525	-2 946	-1 568	-4 514

* Der Korrekturposten wurde eingefügt, um die entsprechend der 5. Ausgabe des IWF-Zahlungsbilanzhandbuchs dargestellten Zahlungsbilanzdaten mit den auf der Basis nationaler Richtlinien erstellten Daten zu den Reserveaktiva in Übereinstimmung zu bringen. Die Methode zur Ermittlung der Reserveaktiva unterscheidet sich folgendermaßen von der Methode des Handbuchs: bis zum 3. Quartal 1999 wurden die kurzfristigen Fremdwährungskonten bei in Russland ansässigen Banken zu den Reserveaktiva gerechnet; ab dem 3. Quartal 1999 werden die Reserveaktiva um den Gegenwert von Fremdwährungskonten in Russland ansässiger Banken bei der Russischen Zentralbank bereinigt (ausschl. der Devisen, die die Zentralbank zur Bedienung staatlicher Auslandsschulden bereitstellt).

vermutet wird. Die verschiedenen Maßnahmen, mit denen versucht wurde, die Kapitalströme zu regulieren, haben sich als wenig effektiv erwiesen.³⁴ Außerdem gibt es bisher kaum Anzeichen dafür, dass Russland als Standort für ausländische Direktinvestitionen an Attraktivität gewinnt. Dagegen fassen die inländischen Investoren offen-

bar zunehmend Vertrauen in die Wirtschaft des Landes. Während noch im Vorjahr fast die Hälfte der inländischen

³⁴ Unter anderem bestehen die Beschränkungen für den Umtausch der in den sog. S-Konten eingefrorenen Guthaben und für die Repatriierung der Erlöse aus dem Verkauf von Staatsschuldtiteln weiter. Vgl. International Monetary Fund (IMF), a.a.O.

Ersparnisse legal oder illegal ins Ausland geflossen sein dürfte, deuten die Prognosen für das Jahr 2000 darauf hin, dass gut zwei Drittel der inländischen Ersparnisse in die russische Wirtschaft investiert wurden.^{35, 36}

Neben der chronischen Schwäche des russischen Bankensektors dürfte die Zurückhaltung ausländischer Investoren auch daher rühren, dass die Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club der staatlichen Gläubiger noch nicht abgeschlossen sind. Bis zum November 2000 hatte der Pariser Club noch keine Entscheidung über langfristige Schuldenerleichterungen getroffen. Die relativ hohen Überschüsse im russischen Staatshaushalt haben die Kompromissbereitschaft der Gläubigerseite weiter reduziert.³⁷ Allerdings liegt die Verantwortung nicht allein auf Seiten der staatlichen Gläubiger, denn die russische Seite hat zur Verunsicherung ausländischer Investoren durch die Art und Weise, wie sie die Schuldenkrise behandelt hat, deutlich beigetragen.³⁸

Institutionelle Reformen

Die Verbesserung von Institutionen gilt als eine der wichtigsten Aufgaben russischer Reformpolitik. Institutionelle Defizite, so die in den letzten Jahren häufig geäußerte Hypothese, waren ein entscheidender Faktor, der dem wirtschaftlichen Aufschwung in Russland entgegenstand. Auch nach der Finanzkrise 1998 dominierten auf ordnungspolitischem Gebiet Ad-hoc-Maßnahmen.³⁹ Daher war es den Wirtschaftssubjekten kaum möglich, stabile Erwartungen über den künftigen politischen und wirtschaftlichen Kurs zu entwickeln. Erstaunlich mag daher anmuten, dass sich die russische Wirtschaft offenbar erholt. Hierfür sind folgende Erklärungsmuster denkbar: So könnten Institutionen doch eine geringere Rolle im Transformationsprozess — und speziell für die Investitionstätigkeit — spielen als vermutet.⁴⁰ Weiterhin ist es möglich, dass zwar institutionelle Mängel bestehen, die Wirtschaftsakteure aber in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erwarten und daher bereits heute Investitionen tätigen. Am wahrscheinlichsten

ist jedoch, dass die institutionellen Schwächen kurzfristig durch den Abwertungseffekt, die Reallohnsenkung und die gestiegenen Ölpreise überkompensiert wurden und für eine dauerhafte Erholung letztlich doch die Institutionen grundlegend verbessert werden müssen.

Vor allem ausländische Investoren bewerten das institutionelle Umfeld offenbar noch immer als unzureichend. Die ausländischen Investitionen, die im Jahr 1997 brutto 12,2 Mrd. USD erreicht hatten und mit der Finanzkrise

³⁵ Im ersten Halbjahr 1998, also unmittelbar vor Ausbruch der Zahlungsbilanzkrise, waren sogar über 80 % der inländischen Ersparnisse exportiert worden.

³⁶ Auf der Basis der Projektionen des IWF für das Gesamtjahr 2000 betrug die Ersparnis 28,4 % des Bruttoinlandsprodukts oder rund 65 Mrd. USD. Wenn man die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen als Maß für die Kapitalflucht heranzieht, beliefen sich die legalen und illegalen Netto-Kapitalexporte auf 20,7 Mrd. USD. Die legal erfassten Netto-Kapitalexporte betrugen 18,5 Mrd. USD. Im Jahr 1999 lag die Ersparnis bei rund 49 Mrd. USD, die Nettokapitalexporte bei 23,6 USD (einschließlich Kapitalflucht) bzw. 16,6 Mrd. USD (offiziell).

³⁷ Daily News and Views — New European Markets, Middle East and South Africa. Goldman Sachs Economics, Moskau, November 2000.

³⁸ Der jüngste Vorschlag der russischen Seite zur Lösung des Schuldenproblems sieht vor, die Schulden teilweise in Beteiligungen an russischen Unternehmen umzuwandeln. Die Erfolgsaussichten dieses Vorschlages sind jedoch skeptisch zu beurteilen, nicht zuletzt, weil er selbst innerhalb der russischen Regierung offenbar auf erheblichen Widerstand stößt.

³⁹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/98, S. 957 ff.; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Schuldenstreichung statt Reformen? In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/99, S. 358 ff.

⁴⁰ Dies wird auch in der Fachliteratur diskutiert. Vgl. u.a. O. Havrylyshyn, R. van Rooden: Institutions Matter in Transition, but so do Policies, IWF Working Paper (WP/00/70). Eine kritische Durchsicht der wichtigsten Studien, die den Zusammenhang von Institutionen und Wachstum untersuchen, bietet Janine Aron: Growth and Institutions: A Review of Evidence. In: The World Bank Observer, Vol. 15, No. 1, 2000, S. 99-135.

Tabelle 12

Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen (Objekte) 1992 bis 2000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 1. Halb- jahr	Ins- gesamt
Insgesamt	46 815	42 924	21 905	10 152	4 997	2 743	2 129	1 536	919	134 120
davon vormals in:										
Kommunaleigentum	.	26 340	11 108	6 960	3 354	1 821	1 544	1 134	.	.
Eigentum der Föderationssubjekte	.	9 521	5 112	1 317	715	548	321	298	.	.
Eigentum der Föderation	.	7 063	5 685	1 875	928	374	264	104	.	.
Quellen: Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-jul' 2000 g, S. 124; Rossija v cifrach, Moskau 2000, S.127 f.										

zurückgegangen waren (1. Halbjahr 1998: 7,7 Mrd. USD; 2. Halbjahr 1998: 4,1 Mrd. USD), verharrten in den beiden Folgejahren auf einem Niveau von jeweils etwa 9,5 Mrd. USD. Auch die anhaltend hohe Kapitalflucht ist ein Indiz für institutionelle Defizite.

Die neue russische Regierung hat ihre Vorstellungen zu künftigen Reformen in einem wirtschaftlichen Modernisierungsplan für den Zeitraum 2000 bis 2001 sowie einer Entwicklungsstrategie bis zum Jahre 2010 niedergelegt.⁴¹ Zu den wichtigen Punkten beider Programme gehören der Schutz der Eigentumsrechte sowie allgemein die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Wirtschaftsverwaltung, des Weiteren die Erleichterung des Marktzutritts und die Stärkung des Wettbewerbs einschließlich der Deregulierung, schließlich noch Reformen des Finanzsektors sowie weitreichende Steuerreformen. Während die Steuerreform — wie oben angesprochen — bereits eingeleitet wurde, sollen in anderen Reformbereichen erst noch konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Abzuwarten bleibt jedoch, ob dies bei umstrittenen Vorhaben wie der Demonopolisierung sowie der Klärung des Rechts auf Privateigentum an Boden in naher Zukunft tatsächlich gelingen wird.⁴² Hinzu kommt, dass sich erst anhand der Konkretisierung von Vorschlägen zeigen wird, ob die einzelnen Reformmaßnahmen untereinander konsistent sind. Offen ist schließlich auch, ob sich der Staat tatsächlich darauf beschränken wird, die Spielregeln der Marktwirtschaft zu schaffen und durchzusetzen, oder ob und wie stark er sich selektiv in das Wirtschaftsgeschehen einmischen wird. Insgesamt bieten die Programme den Wirtschaftsakteuren wenigstens grobe Anhaltspunkte für künftige Reformen. Eine Stabilisierung der Erwartungen kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Regierung ihre Vorhaben als selbstverpflichtend betrachtet und die Reformen konsequent angeht. Dies würde letztlich auch ihre eigene Glaubwürdigkeit stärken.

Als Beispiel für inkonsequentes Vorgehen kann die Privatisierung staatlicher Unternehmen gelten. Entgegen der Ankündigung im Modernisierungsplan, einen Großteil

noch staatlicher Unternehmen rasch zu privatisieren,⁴³ kam es im Jahr 2000 wie bereits in den Vorjahren zu Verzögerungen und zur Einstellung von Verfahren. So wurde der Verkauf von Anteilen an dem Gasmonopolisten Gazprom und dem Ölonternehmen Slavneft' verschoben und der von Anteilen an der Ölgesellschaft Rosneft' gestoppt. Offiziell wird dieses Vorgehen damit begründet, dass sich derzeit nur ein geringer Verkaufspreis realisieren ließe.⁴⁴ Im ersten Halbjahr 2000 wurden insgesamt 919 Objekte,⁴⁵ darunter auch Betriebsteile und Immobilien, privati-

⁴¹ Vgl. Rasporjańenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii: „Plan dejstvij Pravitel'stva Rossijskoj Federacii v oblasti social'noj politiki i modernizacii ekonomiki na 2000-2001 gody“, in: Sbornie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii Nr. 33/2000, S. 6809-6857; Strategia razvitija Rossijskoj Federacii do 2010 goda (proekt), Moskau 2000, mimeo.

⁴² Die Verabschiedung des Bodengesetzes verzögert sich weiterhin. In den vergangenen Jahren haben daher einzelne Regionen eigene bodenrechtliche Regelungen erlassen und Landauktionen durchgeführt. Im Oktober 2000 hat die Stadt Moskau erstmals ein Grundstück an einen privaten Investor verkauft. Um die Rechtssicherheit zu erhöhen, ist allerdings ein Bodenrecht nötig, das föderationsweit gilt. Fortschritte sind beim Hypothekengesetz zu erwarten. Die Duma hat im Herbst 2000 in erster Lesung der Aufhebung des bislang bestehenden Verbots von Hypotheken auf landwirtschaftlich genutztem Boden zugestimmt. Vgl. Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/2000, S. 212; Bank of Finland. The Week in Review, Nr. 40/2000, S. 1; RFE/RL vom 23.10.00.

⁴³ Dieses Vorhaben wurde im Herbst 2000 bekräftigt. Die Regierung kündigte an, innerhalb der nächsten drei Jahre rund 3 000 Staatsunternehmen zu verkaufen. Vgl. z. B. Russia Today vom 30. Oktober 2000.

⁴⁴ Der Grund für den Verkaufsstopp von Rosneft' ist neben einem geringen Verkaufspreis der Plan der Regierung, das Ölonternehmen mit der Wahrung ihrer Interessen im Rahmen von Production-sharing-Abkommen zu beauftragen. Der Verkauf von Rosneft'-Aktien war bereits 1998 vorgesehen, konnte zum damaligen Zeitpunkt aufgrund mangelnder Angebote aber nicht realisiert werden. Vgl. vwd-Russland vom 5. September 2000, S. 1.

⁴⁵ Seit Beginn der Privatisierung wurden rund 134 000 Unternehmen privatisiert. Dies entspricht etwa 60 % der ursprünglich vorhandenen Staatsunternehmen. Vgl. Russia Today vom 30. Oktober 2000.

Tabelle 13

Einnahmen aus der Privatisierung 1993 bis 2000
in Mrd. Rubel

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 1. Halbjahr
Insgesamt	0,36	0,98	3,57	2,81	24,7	17,5	12,1	6,4
davon:								
Föderation	0,07	0,12	1,14	0,90	18,0	15,0	8,5	4,1
Föderationssubjekte	0,10	0,18	0,52	0,42	3,3	0,9	1,9	1,2
Kommunen	0,13	0,40	0,96	0,91	0,7	1,0	0,9	0,5
Sonstige	0,06	0,29	0,95	0,58	2,7	0,6	0,8	0,6
Quellen: Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 2000 g. S. 128; Rossija v cifrach, Moskau 2000, S. 172 f.								

siert und Erlöse in Höhe von 6,4 Mrd. Rbl. erzielt (Tabellen 12 und 13).⁴⁶ Im Gesamtjahr 2000 werden die Privatisierungserlöse allerdings deutlich über denen vom Vorjahr (12,1 Mrd. Rbl.) liegen,⁴⁷ da im zweiten Halbjahr Verkäufe getätigt wurden, bei denen der Verkaufspreis den Eröffnungspreis weit übertraf.⁴⁸ Offenbar finden Auktionen nun eher unter Marktbedingungen statt — im Unterschied zu den Vorjahren, als Insider Unternehmen zu einem Preis erwerben konnten, der nur geringfügig über dem Eröffnungspreis lag.⁴⁹ Faire Bedingungen sind eine wichtige Voraussetzung, wenn sich auch ausländische Investoren stärker an der Privatisierung beteiligen sollen. Zunächst muss jedoch die Regierung ihre Privatisierungsvorhaben tatsächlich umsetzen und angekündigte Privatisierungen nicht verschieben oder völlig stoppen. Dies gilt umso mehr, als eine effiziente Leitung der in Staatshand verbleibenden Unternehmen bzw. Unternehmensanteile nicht gewährleistet ist. Für eine Verbesserung der Leitung von Staatsunternehmen wurden in der Vergangenheit zwar mehrmals Vorschläge unterbreitet, die auch ansatzweise umgesetzt wurden.⁵⁰ Eine tatsächliche Effizienzsteigerung wurde hierdurch aber offenbar nicht erreicht. Dies ist auch in Zukunft kaum zu erwarten, da im Modernisierungsplan nur vage Vorstellungen zur Reform von Leitung und Verwaltung der Staatsunternehmen enthalten sind.

Ein Hauptanliegen des Modernisierungsplans ist die Schaffung eines guten Investitionsklimas. Bürokratische Hemmnisse sollen abgebaut, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Investoren geschaffen, Subventionen an ineffiziente Unternehmen gestrichen und der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft reduziert werden. Offen ist allerdings, inwieweit der Staat seine Rolle wirklich neu definiert. Im Herbst 2000 wurde angekündigt, dass die Reformen so genannter natürlicher Monopole (u. a. im Gas- und Stromsektor, der Eisenbahn⁵¹ und Telekommunikation) nur unter strenger staatlicher Kontrolle angegangen werden sollen. Zudem wurden die vom IWF wiederholt angemahnte Entflechtung des Gasunternehmens Gazprom und die Öffnung des Gasmarktes verschoben.⁵² Für unabhängige Gasproduzenten ist es insbesondere schwierig, Zugang zum Pipelinesystem zu erhalten. Ähnlich ist die Lage im Ölsektor. Dieser wurde zwar in der Vergangenheit weitgehend liberalisiert, dereguliert und hinsichtlich der Förderunternehmen auch privatisiert. Noch aber kontrollieren die Transportunternehmen Transneft' und Transnefteprodukt, an denen der Staat zu 75 % bzw. 100 % beteiligt ist,⁵³ den Großteil der Ölexporte.⁵⁴ Im Herbst 2000 wurde darüber diskutiert, für einen Teil der Gas- und Ölexporte Durchleitungsrechte zu auktionie-

⁴⁸ So wurde beim Verkauf von 85 % der Aktien am Ölunternehmen Onako mit einem Verkaufspreis in Höhe von 1,08 Mrd. USD der Eröffnungspreis um mehr als das Doppelte übertroffen.

⁴⁹ Aufgrund eines zu geringen Verkaufspreises hat die Generalstaatsanwaltschaft im Sommer 2000 die Rechtmäßigkeit des Mitte der 90er Jahre im Rahmen der sog. Kredit-gegen-Pfand-Aktion getätigten Transfers von Aktien am Unternehmen Norilsk-Nickel an die Oneximbank angefochten. Nachdem eine außergerichtliche Einigung nicht erzielt wurde, steht nun eigentlich eine gerichtliche Untersuchung an. Falls der Verkauf tatsächlich als illegal eingestuft wird, könnte es zu weiteren Revisionen von Privatisierungsfällen im Rahmen der Kredit-gegen-Pfand-Aktion kommen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass das Gerichtsverfahren eingestellt wird, da im Rahmen der derzeit laufenden Restrukturierung von Norilsk-Nickel das Unternehmen letztlich liquidiert und das Vermögen an ein Tochterunternehmen übertragen werden soll. Anzumerken ist, dass im Zuge der Restrukturierung kritisiert wird, dass die rechtlich nur unzureichend geschützten Minderheitsaktionäre benachteiligt werden könnten. Vgl. zur Kredit-gegen-Pfand-Aktion: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/95, S. 895. Zur Restrukturierung von Norilsk-Nickel vgl. The Moscow Times vom 5. Oktober 2000.

⁵⁰ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Wachstumsperspektive fehlt weiterhin — Schuldenerlass keine Lösung. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/99, S. 907 f.

⁵¹ Ein Plan zur Reform des Eisenbahnwesens soll bis 1. April 2001 entwickelt werden. Vgl. The Moscow Times vom 10. November 2000.

⁵² Die Konzentration in der Gasbranche hat in jüngster Zeit eher zugenommen. Das russische Kartellamt hat der Mehrheitsbeteiligung von Gazprom an Sibur — ein Unternehmen, das hauptsächlich in der Weiterverarbeitung von Naturgas tätig ist — im Herbst 2000 zugestimmt. Demgegenüber sieht der Modernisierungsplan eine Demonopolisierung der Gasbranche und auch eine neue Regulierung der Gaspreise vor. Der Preis für Gas auf dem inländischen Markt erreicht derzeit nur etwa 15 % des Weltmarktpreises. Außerdem soll laut Modernisierungsplan der Anteil von Erdgas an der Primärenergieversorgung in Zukunft sinken. Dies wäre eine Neuorientierung in der Energiepolitik, die bisher auf einen steigenden Beitrag des Erdgases zur Inlandsversorgung ausgerichtet war. Vgl. The Moscow Times vom 18. Oktober 2000 sowie vom 24. Oktober 2000.

⁵³ Das Privatisierungsministerium hat den Verkauf von Anteilen an den Transportunternehmen für das Jahr 2001 vorgeschlagen. Der Vorschlag wird von den Unternehmen und vom Energieministerium aber nicht unterstützt. Vgl. The Moscow Times vom 21. Oktober 2000.

⁵⁴ Den einzelnen Ölgesellschaften werden bislang Exportmenngen für die Durchleitung durch das Pipelinesetz von Transneft' zu teilt. Zudem wurden in der Vergangenheit die Transportkosten erhöht. Die Ölgesellschaften suchen daher alternative Exportmöglichkeiten (u. a. Verschiffung). Allerdings wurden, um die inländische Versorgung sicherzustellen, die Produzenten von Ölprodukten im Herbst 2000 verpflichtet, einen Großteil ihrer Produktion am Binnenmarkt zu verkaufen. Zudem wurden die Exportzölle auf Diesel und Benzin (bisher 25 Euro/t) auf 32 Euro/t erhöht. Der Zoll auf Rohöl wurde von 27 Euro/t im November auf 34 Euro/t angehoben. Insgesamt sind Maßnahmen wie die Erhöhung der Exportzölle und Beschränkungen des Exportvolumens nur begrenzt wirksam, so dass illegale Exporte nicht verhindert werden können. Vgl. vwd-Russland vom 18. Oktober 2000, S. 2, vom 12. September 2000, S. 1, sowie vom 31. August 2000, S. 1; Russian Economic Trends, Monthly Update, 11. Oktober 2000, S. 12; The Moscow Times vom 4. November 2000.

⁴⁶ Goskomstat: Social'no-ekonomi...eskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 2000 goda, Moskau 2000, S. 124 ff.

⁴⁷ Ende Oktober 2000 beliefen sich allein die föderalen Einnahmen auf 37,5 Mrd. Rbl. Vgl. RFE/RL vom 10. November 2000.

ren.⁵⁵ Es bleibt abzuwarten, ob durch eine nur teilweise Versteigerung die Monopolstellung von Gazprom, Transneft und Transnefteprodukt spürbar geschmälert und die Position unabhängiger Produzenten tatsächlich verbessert werden wird.

Damit sich ausländische Investoren künftig verstärkt in Russland engagieren, fehlen noch wichtige Signale. So wurde eine Änderung des Production-sharing-Gesetzes mit dem Ziel, die Beteiligung von Ausländern an der Erschließung von Ölvorkommen zu erhöhen, noch nicht vorgenommen.⁵⁶ Zwar wurden in jüngerer Zeit weitere Lagerstätten für den gemeinsamen Abbau zugelassen. Um den Marktzutritt für Ausländer zu erleichtern, soll eine spezielle Agentur gegründet werden.⁵⁷ Derzeit wird der Abschluss von Production-sharing-Verträgen aber u. a. aufgrund bürokratischer Hemmnisse erschwert. Das Engagement ausländischer Investoren in der russischen Energiewirtschaft ist insgesamt zurückgegangen: Die ausländischen Investitionen in diesem Sektor beliefen sich im ersten Halbjahr 2000 auf etwa 300 Mill. USD; dies entspricht einem Fünftel des Wertes in der entsprechenden Vorjahresperiode.⁵⁸ Die rückläufigen Investitionen gerade in dem als attraktiv einzustufenden Energiesektor deuten darauf hin, dass ausländische Investoren das institutionelle Umfeld noch als unsicher bewerten. Dies könnte sich langfristig ändern, wenn — etwa im Rahmen der russisch-westeuropäischen Energiekooperation — die Rechtssicherheit für Investoren tatsächlich erhöht werden sollte.

Die Fremdfinanzierung von Investitionen wird durch institutionelle Defizite im Finanzsektor behindert. Die Bankenaufsicht, die Einlagensicherung sowie die Regelungen zum Konkurs von Kreditorganisationen sollen laut Modernisierungsplan verbessert werden.⁵⁹ Geplant ist ferner, das Spektrum der verfügbaren Finanzinstrumente zu erweitern und insbesondere langfristige Finanzierungsformen zu fördern. Im Herbst 2000 wurde über das 1998 verabschiedete Leasinggesetz debattiert.⁶⁰ Hintergrund der Debatte sind Regelungen des Leasinggesetzes, die mit Vorschriften des Zivilgesetzbuches sowie u. a. mit den Abschreibungsfristen des neuen Steuerkodex unvereinbar sind. Die hieraus resultierende Rechtsunsicherheit für Leasinggeber wie -nehmer behindert die Entwicklung des bislang unbedeutenden Leasingmarktes.⁶¹ Hinzu kommt, dass der Marktzutritt ausländischer Leasinggesellschaften aufgrund der bestehenden Praxis der Lizenzvergabe schwierig ist. Ausländer vermeiden grenzüberschreitende Leasinggeschäfte, wenn sie Schwierigkeiten bei der Zahlung von Leasingraten oder bei einer eventuellen Eigentumsrückforderung befürchten. Auf russischer Seite sind von den nach wie vor bestehenden Problemen auf dem Leasingmarkt vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen betroffen, für die der Zugang zu langfristigen Bankkrediten schwierig ist und für die Leasing eine alternative Form langfristiger Finanzierung bieten würde.⁶²

Auch wenn Russland in den vergangenen Jahren gewisse Fortschritte bei institutionellen Reformen gemacht hat, bestehen nach wie vor institutionelle Defizite, die zwar kurzfristig in den Hintergrund treten können, deren negative Wirkung auf das Investitionsklima aber bestehen bleibt. Dies zeigte sich bereits in anderen Transformationsländern (u. a. Tschechien), in denen zunächst hohe Investitionsraten auf eine dauerhafte Erholung der Wirtschaft hoffen ließen, in denen dann aber Investitions- und Wachstumsrückgänge hingenommen werden mussten, nicht zuletzt weil die institutionellen Probleme nicht gelöst worden waren.

Zusammenfassung

Das im Jahr 2000 noch einmal beschleunigte Wachstum der russischen Wirtschaft kann — mit Raten von etwa 7 % beim BIP und etwa 20 % bei den Investitionen — im internationalen Vergleich sehr gut bestehen. Auch sonst sieht die Lage auf den ersten Blick gut aus. Die Inflation liegt in einem erträglichen Rahmen, die abwertungsbedingten Vorteile dürften zunächst bestehen bleiben, das Haushaltsdefizit hat sich in einen Überschuss gewendet, und der Wechselkurs ist stabil.

Der Aufschwung mag insofern überraschend erscheinen, als wesentliche Reformaufgaben nach wie vor unge-

⁵⁵ vwd-Russland vom 13. November 2000, S. 1.

⁵⁶ Bislang wurden 21 Projekte im Rahmen von Production-sharing-agreements bewilligt, aber nur bei drei Projekten sind die Tätigkeiten auch wirklich angelaufen. Vgl. Bank of Finland: Russian & Baltic Economies. The Week in Review, No. 44/2000, S. 1.

⁵⁷ vwd-Russland vom 1. September 2000, S. 1.

⁵⁸ Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 2000 goda, Moskau 2000, S. 136. Daten über ausländische Investitionen in einzelne Energiebereiche liegen nicht vor.

⁵⁹ Vgl. zum Gesetz über die Insolvenz von Kreditorganisationen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Die wirtschaftliche Lage Russlands. Schuldenstreichung statt Reformen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/99, S. 359. Änderungen des Insolvenzgesetzes für Unternehmen wurden im Frühjahr 2000 diskutiert, aber nicht beschlossen. Vgl. Bank of Finland. Russian and Baltic Economies. The Week in Review, Nr. 15/2000 sowie 18/2000.

⁶⁰ Vgl. Federal'nyj zakon „O lizinge“. In: Sbornik Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii Nr. 44/1998, S. 9817-9832.

⁶¹ Die Leasingaktivitäten haben in jüngerer Zeit offenbar nicht nennenswert zugenommen. Im ersten Halbjahr 2000 schlossen Unternehmen bei Leasinggesellschaften Verträge in Höhe von 0,4 Mrd. Rubel ab. Der Anteil der Aufwendungen für Leasing an den Investitionen in Grundkapital betrug wie in der Vorjahresperiode nur 0,1 %. Das Leasingvolumen soll sich Schätzungen zufolge auf etwa 500 bis 700 Mill. USD belaufen (1994: 3 Mill. USD). Insgesamt sind die Leasingaktivitäten in Russland weitaus geringer als in anderen Transformationsökonomien. Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 2000 goda, Moskau 2000, S. 135, sowie The Moscow Times vom 5. Oktober 2000.

⁶² In Russland existieren etwa 900 000 Kleinunternehmen, in denen rund 9 % der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt sind.

löst sind. Die institutionellen Defizite konnten jedoch durch Kosten- und Ertragsvorteile überkompensiert werden: Auf der Kostenseite war es nach der Krise des Jahres 1998 zu einer drastischen Absenkung der Reallöhne gekommen, auf der Ertragsseite wirkten sich die kräftig gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl und die Abwertung des Rubels positiv aus. Im Ergebnis sind die Unternehmensgewinne stark gestiegen, und zwar so sehr, dass sowohl deutlich höhere Investitionen als auch eine weiterhin hohe Kapitalflucht finanziert werden konnten.

Abgesehen vom Problem der Kapitalflucht lässt der gegenwärtige Aufschwung also schon deshalb zu wünschen übrig, weil er durch eine nochmalige Absenkung des Lebensstandards erkaufte wurde, die — in Verbindung mit den Windfallprofits aus der Ölpreissteigerung und der abwertungsbedingten Importsubstitution — die institutionellen Schwächen überspielt hat. Hinzu kommt, dass sich der Haushaltsüberschuss bei einer genaueren Betrachtung zu einem wesentlichen Teil auch als Ergebnis einer Verlagerung staatlicher Einnahmen aus den Haushalten der Gebietskörperschaften in den (Zentral-) Haushalt der Föderation erweist.

Noch bedenklicher ist, dass sich das Wirtschaftswachstum derzeit auf einem nicht haltbaren Kurs befindet. Das neuerliche Reallohnwachstum von zuletzt weit über 20 %

kann nicht sehr lange mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 7 % und einem Investitionswachstum von 20 % verträglich bleiben. Kommt es hier zu keiner Anpassung, vor allem in Form einer mäßigeren Lohnentwicklung, so werden die realwirtschaftlichen Inkompatibilitäten über kurz oder lang quasi automatisch korrigiert. Die wahrscheinlichste Form einer solchen Korrektur wäre ein kräftiges Wiederaufleben der Inflation, wenn der gegenwärtige rasche Geldmengenanstieg nicht mehr weiter durch eine erhöhte Geldnachfrage aufgefangen würde. Neuerliche realwirtschaftliche Rückschläge würden dann nicht ausbleiben.

Wenn allerdings der politische Wille und die politische Kraft zu Korrekturen und Reformen aufgebracht werden, dann sind in den Jahren 2001 und 2002 weiterhin hohe Wachstumsraten von 5 % und darüber — bei sinkender Inflation und kräftigem Investitionswachstum — durchaus vorstellbar. Bleiben dagegen die Korrekturen aus, dann steigt die Wahrscheinlichkeit eines neuerlichen realwirtschaftlichen Rückschlags. Dieser könnte zwar durch fortgesetzt hohe Energiepreise abgemildert werden, und die politische Untätigkeit mag dann vordergründig als gerechtfertigt erscheinen. Dies ändert jedoch nichts an dem Schaden, den die russische Wirtschaft bei einer ausbleibenden Kurskorrektur nehmen würde.

EWU: Wachstum schafft Beschäftigung

Die Beschäftigungsentwicklung in den EWU-Ländern hatte ihren Tiefpunkt zwar schon 1993/94 erreicht, aber erst seit 1997 bessert sich die Arbeitsmarktlage deutlich. Die Arbeitslosigkeit ist aber immer noch hoch, so dass die Ausweitung der Beschäftigung ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt.

Um die Situation auf dem Arbeitsmarkt umfassend beurteilen zu können, darf man nicht allein die Arbeitslosenquoten und die Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Ländern betrachten. Aussagekräftiger ist eine Analyse des in Stunden gemessenen Arbeitsvolumens, also der gesamten Nutzung des Faktors Arbeit. Hierbei zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Entwicklung des Arbeitsvolumens. Dieser ist allerdings in den einzelnen EWU-Ländern unterschiedlich ausgeprägt und im Konjunkturzyklus deutlichen Veränderungen unterworfen. Bemerkenswert ist, dass das Wachstum in der EWU im Aufschwung genauso beschäftigungsintensiv ist wie in den USA.

Der Untersuchungszeitraum umfasst im Wesentlichen die Jahre 1993 bis 2000, also die Zeit vom Tiefpunkt der letzten Rezession bis zum vorläufigen konjunkturellen Höhepunkt in diesem Jahr. Um die Arbeitsmarktentwicklung wie auch die beschäftigungspolitischen Erfolge genauer beurteilen zu können, wäre eine längere Untersuchungsperiode, die den gesamten Konjunkturzyklus von 1989 bis 1999 umfasste, vorzuziehen. In den statistischen Reihen für wichtige Arbeitsmarktkindikatoren vieler EWU-Länder gibt es aber für die Jahre vor 1993 zahlreiche Lücken und statistische Brüche. Ohnehin sind die Arbeitsmarktstatistiken in Bezug auf Qualität und internationale Vergleichbarkeit mit starken Mängeln behaftet, so dass von den europäischen Institutionen in diesem Bereich nicht ohne Grund eine Verbesserung gefordert wird.¹ Unter Heranziehung von Daten internationaler Organisationen, aber auch von Informationen nationaler Institute, wurde hier versucht, die Lücken in den Datenreihen ab 1993 zu schließen. Da es über die jeweiligen Niveaus weniger sichere Information gibt als über die Entwicklungen,

wurden an gegebener Stelle vor allem Indexwerte für die Untersuchung herangezogen. Untersuchungsgegenstand ist die Arbeitsmarktlage im EWU-Raum, zu dem von Januar 2001 an auch Griechenland gehört.

Makroökonomische Rahmenbedingungen

Ist eine einschneidende Verbesserung der Arbeitsmarktlage vor allem durch Wachstum zu erreichen? Um dies beurteilen zu können, ist eine Berücksichtigung der makroökonomischen Rahmenbedingungen erforderlich. Die Wirtschaftspolitik der Länder der Europäischen Uni-

¹ Eine Verbesserung der Statistiken wird ebenso von den deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten eingefordert; vgl. z.B. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2000. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16-17/2000, S. 237. Vgl. auch: European Commission/Eurostat: Action Plan on EMU Statistical Requirements, 25. September 2000, S. 3.

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt¹⁾ der EWU
Index 1993 = 100

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	100,0	101,5	100,0	103,0	105,5	106,6	110,3	113,3	116,2	120,9
Deutschland	98,9	101,1	100,0	102,3	104,1	104,9	106,4	108,6	110,3	113,6
Finnland	104,6	101,2	100,0	104,0	107,9	112,2	119,3	125,3	129,7	136,6
Frankreich	99,5	101,0	100,0	102,0	103,6	104,8	106,8	110,3	113,5	117,2
Griechenland	100,9	101,6	100,0	102,0	104,1	106,6	110,2	114,3	118,1	122,6
Irland	94,2	97,4	100,0	105,8	116,1	125,0	138,4	150,3	165,0	179,9
Italien	100,1	100,9	100,0	102,2	105,2	106,4	108,3	109,9	111,5	114,6
Luxemburg	88,0	92,0	100,0	104,2	108,2	111,3	119,4	125,3	134,8	142,8
Niederlande	97,3	99,2	100,0	103,2	105,5	108,7	112,8	117,0	121,1	126,0
Österreich	98,2	99,5	100,0	102,4	104,1	106,2	107,5	110,6	112,8	116,7
Portugal	98,6	101,1	100,0	102,2	105,2	108,9	113,0	116,9	120,6	124,6
Spanien	101,6	102,4	100,0	102,3	105,1	107,5	111,6	116,1	120,4	125,3
EWU-12 ²⁾	99,5	100,9	100,0	102,4	104,7	106,3	108,8	111,8	114,6	118,5

¹⁾ Zu Preisen von 1995. — ²⁾ Griechenland wird vom 1. Januar 2001 an Mitglied der EWU sein.
Quellen: OECD; Eurostat; Schätzungen und Berechnungen des DIW.

on, die eine Währungsunion anstrebten, war in den Jahren nach 1993 von den Kriterien des Maastricht-Vertrages geprägt. Damit wurde der Spielraum vor allem für die Fiskalpolitik ausgerechnet in einer Zeit beschränkt, in der viele Länder sich gerade von der EWU-weiten Rezession im Jahr 1993 zu erholen begannen und in der die Arbeitslosigkeit ein Rekordniveau erreichte. Zugleich war die Geldpolitik unter der Führung der Bundesbank restriktiv. Unter Druck gerieten vor allem jene Länder, die anders als der Stabilitätsanker Deutschland noch hohe Inflationsraten aufwiesen. Damit waren die zwei wichtigsten makroökonomischen Politikbereiche auf Restriktion ausgerichtet. Von 1993 bis 1997 lag denn auch die durchschnittliche Wachstumsrate im Euroraum insgesamt nur bei 2 %. Mit Ausnahme eines kurzen, kräftigen Aufschwungs 1994 war die wirtschaftliche Entwicklung bis 1996 sehr gedämpft (Tabelle 1). Erst 1997 kam es zu einem anhaltenden Aufschwung, der durch die Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika nur kurz beeinträchtigt wurde.

Die Lohnpolitik im Euroraum war im Bemühen um niedrigere Inflationsraten während dieses Zeitraums überwiegend zurückhaltend. Mit Ausnahme des Jahres 1995, in dem die Löhne noch einmal kräftiger gestiegen waren, gingen die Lohnzuwächse bis 1999 von Jahr zu Jahr zurück; die Lohnstückkosten für den Euroraum insgesamt blieben in mehreren Jahren annähernd konstant. Die starke Lohnmäßigung schlug sich gesamtwirtschaftlich vor allem in einer bis 1997 unterdurchschnittlichen Entwicklung des privaten Verbrauchs nieder. Diese Konsumschwäche wurde erst überwunden, als die Geldpolitik gelockert wurde und in der Folge Produktion und Beschäftigung beschleunigt wuchsen. Erst in diesem Zeitraum kam es auch zu einem merklichen Abbau der Arbeitslosigkeit.

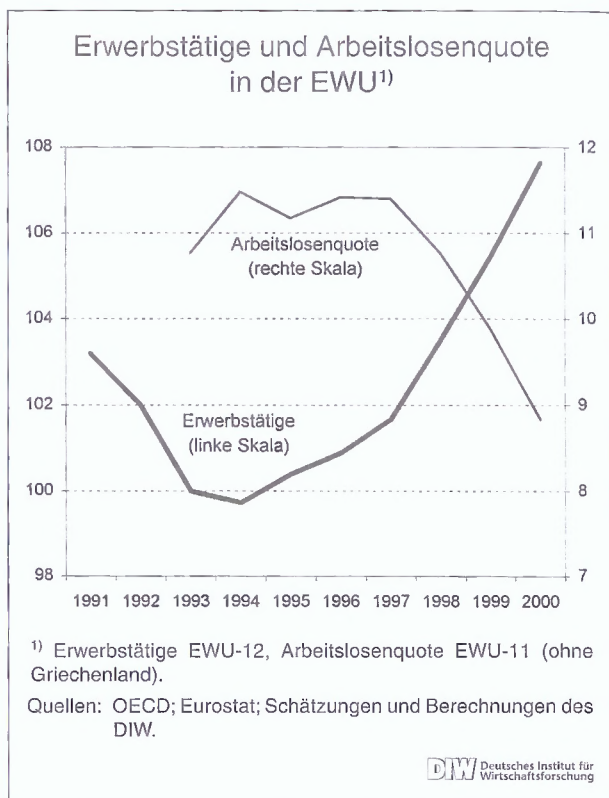
Arbeitsmarktindikatoren in den neunziger Jahren²

Arbeitslosenquote und Zahl der Arbeitslosen

Insgesamt ist die Verbindung zwischen dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der EWU eng; die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die Arbeitslosenquote (standardisierte Quote nach den Berechnungen der OECD) folgten der Konjunktur. Bei sehr unterschiedlichen Ausgangsniveaus stieg die Arbeitslosigkeit in der Rezession 1993 in der EWU insgesamt stark an und verharrte danach auf dem hohen Niveau; die standardisierte Arbeitslosenquote betrug in der EWU von 1993 bis 1997 gut 11 % (Abbildung 1 und Tabelle 2).

Weit unter dem Durchschnitt lagen die Arbeitslosenquoten in Luxemburg, Österreich, Portugal und den Nie-

Abbildung 1



derlanden, nur wenig nach unten wichen sie in Deutschland und Belgien ab. In Spanien, Italien, Frankreich und Finnland war die Quote durchweg, in Irland hingegen nur vorübergehend überdurchschnittlich hoch.

Bemerkenswerte Unterschiede gab es auch bei der Entwicklung der Arbeitslosenquoten. Besonders große arbeitsmarktpolitische Fortschritte bei hohen Ausgangsniveaus erzielten Spanien, Finnland und vor allem Irland, dessen Arbeitslosenquote von 15 % im Jahr 1993 auf 4 ½ % bis zum Jahr 2000 und damit deutlich unter den EU-Durchschnitt (8,8 %) gesunken ist. Große Erfolge verbuchten die Niederlande mit der Erreichung der sehr niedrigen Arbeitslosenquote von 2 ½ %. Erheblich weniger kamen Belgien und Italien beim Abbau der hohen Arbeitslosigkeit voran, während die Arbeitslosenquoten in Deutschland und Frankreich in ähnlichem Maße wie der EU-Durchschnitt zurückgingen.

² Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bzw. Arbeitsmarktprogramme i.e.S. werden hier nicht untersucht. Sie hatten längerfristig allerdings auch keinen entscheidenden Einfluss auf die hier vorgestellten Ergebnisse. Sowohl für die EWU insgesamt wie auch für die meisten EWU-Länder haben sich die öffentlichen Ausgaben für diese Programme in Prozent des Bruttoinlandsprodukts wie auch die Zahl der Teilnehmer im Untersuchungszeitraum relativ wenig verändert. Vgl. z.B. OECD, Employment Outlook, Juni 2000, S. 223 ff.

Tabelle 2

Arbeitslosenquote, Erwerbstätige und Arbeitsvolumen in der EWU 1991 bis 2000

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Arbeitslosenquote ¹⁾ in Prozent										
Belgien	6,6	7,2	8,8	10,0	9,9	9,7	9,4	9,5	9,1	8,5
Deutschland	4,2	4,5	7,9	8,4	8,2	8,9	9,9	9,4	8,8	7,8
Finnland	6,6	11,6	16,4	16,7	15,2	14,5	12,6	11,4	10,2	9,5
Frankreich	9,5	10,4	11,7	12,3	11,7	12,4	12,3	11,8	11,3	9,7
Irland	14,8	15,4	15,6	14,4	12,3	11,7	9,9	7,6	5,7	4,5
Italien	8,6	8,9	10,2	11,2	11,6	11,7	11,7	11,8	11,3	10,6
Luxemburg	1,7	2,1	2,6	3,2	2,9	3,0	2,7	2,7	2,4	2,2
Niederlande	5,8	5,6	6,6	7,1	6,9	6,3	5,2	4,1	3,3	2,6
Österreich	-	-	4,0	3,8	3,9	4,3	4,4	4,5	3,8	3,3
Portugal	4,2	4,3	5,7	7,0	7,3	7,3	6,8	5,2	4,5	4,4
Spanien	16,4	18,4	22,7	24,1	22,9	22,2	20,8	18,8	15,9	14,3
EWU-11	-	-	10,8	11,5	11,2	11,4	11,4	10,7	9,9	8,8
Erwerbstätige, Index 1991 = 100										
Belgien	101,2	100,7	100,0	99,7	100,4	100,8	101,6	102,8	103,8	105,3
Deutschland	102,9	101,4	100,0	99,8	100,0	99,7	99,5	100,4	101,5	103,1
Finnland	114,8	106,6	100,0	99,3	101,5	102,8	105,0	107,5	111,0	112,6
Frankreich	101,8	101,3	100,0	99,9	100,8	101,0	101,6	103,2	104,9	107,4
Griechenland	97,6	99,1	100,0	101,9	102,8	102,3	102,0	105,5	106,5	107,8
Irland	95,6	98,5	100,0	103,2	108,8	113,0	117,1	129,0	136,5	144,0
Italien	105,4	104,4	100,0	98,4	97,8	98,3	98,6	99,7	100,9	102,4
Luxemburg	95,9	98,3	100,0	102,6	105,3	108,1	111,6	116,4	122,2	127,7
Niederlande	97,7	99,3	100,0	99,9	102,3	104,3	107,9	111,5	114,8	117,7
Österreich	97,3	99,4	100,0	103,7	104,6	103,2	103,3	103,4	104,9	106,5
Portugal	109,1	102,1	100,0	99,9	99,3	99,9	101,7	106,4	108,4	110,6
Spanien	106,5	104,5	100,0	99,1	101,7	104,7	107,8	111,5	116,7	121,4
EWU-12 ²⁾	103,2	102,0	100,0	99,7	100,4	100,9	101,7	103,5	105,4	107,6
Arbeitsvolumen (in Std.), Index 1993 = 100										
Belgien	-	-	100,0	100,2	101,5	101,1	102,1	104,5	105,4	106,9
Deutschland	-	-	100,0	99,8	98,7	98,9	98,2	98,3	99,1	100,7
Finnland	-	-	100,0	101,4	103,4	105,4	109,2	111,6	114,7	119,4
Frankreich	-	-	100,0	99,7	99,7	99,7	99,5	100,8	102,2	103,8
Griechenland	-	-	100,0	101,2	101,9	101,1	100,6	103,3	104,8	106,6
Irland	-	-	100,0	102,5	107,5	111,9	113,4	120,9	125,6	130,1
Italien	-	-	100,0	98,4	97,5	98,3	98,1	99,4	100,2	101,6
Luxemburg	-	-	100,0	101,3	103,4	105,4	107,7	111,4	117,3	122,3
Niederlande	-	-	100,0	99,3	101,7	103,4	106,9	108,8	111,7	115,2
Österreich	-	-	100,0	103,7	104,6	103,5	103,9	103,2	104,1	105,6
Portugal	-	-	100,0	98,9	99,1	99,4	98,8	101,6	102,3	103,0
Spanien	-	-	100,0	98,6	101,0	103,4	106,5	110,5	115,0	120,2
EWU-12 ²⁾	-	-	100,0	99,6	99,6	100,2	100,5	101,9	103,4	105,5

¹⁾ Standardisiert. — ²⁾ Griechenland wird vom 1. Januar 2001 an Mitglied der EWU sein.

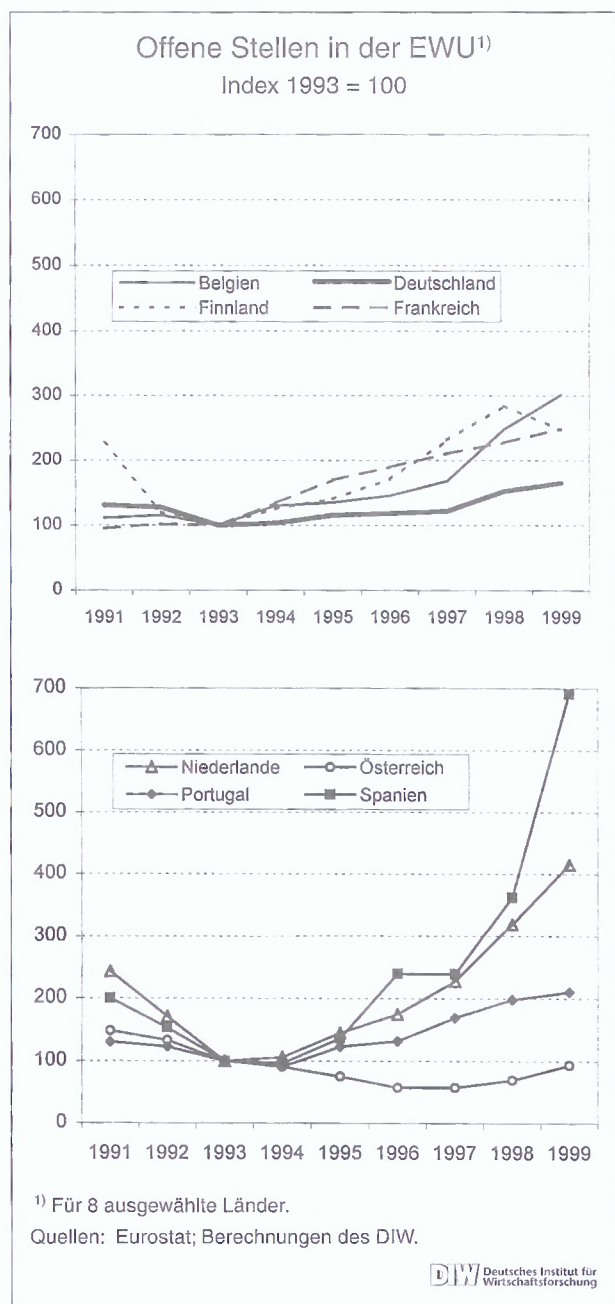
Quellen: OECD; Eurostat; Schätzungen und Berechnungen des DIW.

Erwerbstätige und offene Stellen

Spiegelbildlich zur Arbeitslosigkeit — allerdings mit deutlicher Verzögerung — entwickelte sich die Zahl der Erwerbstätigen. Zu Beginn der neunziger Jahre ging sie um rund 4 Millionen auf 115,6 Millionen zurück, in den Jahren danach stieg sie zunächst allmählich, dann ab 1998 rasch an; insgesamt nahm sie um über 9 Millionen auf 124,7 Millionen zu. Damit liegt die Erwerbstätigenzahl heute um rund 8 % höher als im Tiefpunkt 1994 und im-

merhin noch rund 5 % höher als zu Beginn der neunziger Jahre. Für den Anstieg der Erwerbstätigenzahl spielt auch eine Rolle, dass die Erwerbsbevölkerung in der EWU gestiegen ist, um rund 0,3 % in der ersten und um gut einen halben Prozentpunkt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Die Erwerbsquote für den Euroraum insgesamt schwankte in diesem Zeitraum allerdings nur wenig; sie liegt bei rund 65 %. Besonders hoch war die Zunahme der Erwerbstätigkeit in Irland, den Niederlanden, Spanien und Luxemburg. Unter den drei großen Volkswirtschaften zeigt

Abbildung 2



sich lediglich für Frankreich ein spürbarer Zuwachs, während in Deutschland das Niveau von Anfang der neunziger Jahre erst in diesem Jahr wieder erreicht werden dürfte, und die Erwerbstätigenzahl in Italien sogar immer noch unter dem damaligen Stand liegt (Tabelle 2).

Neben der Zahl der Erwerbstätigen ist die der offenen Stellen ein wichtiger Indikator für die Lage am Arbeitsmarkt. Allerdings sind hier die Daten noch lückenhafter und noch weniger vergleichbar; für Irland, Italien und Griechenland fehlen entsprechende Angaben ganz. Soweit Daten vorliegen, zeigt sich für die meisten Länder eine Ver-

vielfachung der Zahl der offenen Stellen gegenüber den Jahren 1993/94 (Abbildung 2). Die Anspannung am Arbeitsmarkt lässt sich insbesondere durch die sogenannte Vakanzenquote darstellen; dies ist die Relation zwischen der Zahl der gemeldeten offenen Stellen und der Zahl der Erwerbstätigen zuzüglich Arbeitslosen. Sie ist damit eine Art Spiegelbild zur Arbeitslosenquote (Abbildung 3). Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die gemeldeten offenen Stellen nicht die *gesamte* Arbeitsnachfrage erfassen, da die Unternehmen nicht verpflichtet sind, ihre unbesetzten Stellen bei den Arbeitsämtern melden. Zudem ist die Meldequote (gemeldete offene Stellen/unbesetzte Stellen insgesamt) nicht stabil; sie weist — zumindest für Deutschland — einen antizyklischen Verlauf auf.³

Wie Abbildung 3 zeigt, liegt ein Wendepunkt der Entwicklung der Vakanzenquote in den meisten Ländern im Jahr 1994. Die Quote der gemeldeten offenen Stellen steigt rasch an, und die Arbeitslosenquote geht merklich zurück. In Spanien und den Niederlanden ist dies besonders ausgeprägt; ähnlich ist die Entwicklung in Finnland, Portugal und Belgien. Der Wendepunkt korrespondiert weitgehend mit dem jeweiligen Aufschwungsbeginn. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn sich ein solcher Wendepunkt in Frankreich (1997) und in Deutschland (1998) erst später zeigt. Hier blieben die Arbeitslosenquoten während der ersten Hälfte der neunziger Jahre zunächst auf annähernd gleich hohem Niveau oder stiegen sogar noch.

In allen Ländern nimmt die Vakanzenquote stärker zu, als die Arbeitslosenquote zurückgeht. Dies weist zwar auf gewisse Verhärtungen am Arbeitsmarkt hin: nicht immer entsprechen die gewünschten den angebotenen Qualifikationen, zumal sich gerade bei andauernder Arbeitslosigkeit Qualifikationsverluste ergeben. Insgesamt ist jedoch zu beobachten, dass die Vakanzenquote in nahezu allen Ländern im Verhältnis zur Arbeitslosenquote immer noch relativ gering ist. Dies spricht alles in allem gegen ein erhebliches Auseinanderklaffen von angebotenen und nachgefragten Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt. Nur in den Niederlanden haben beide Quoten ein ähnliches Niveau. Da die tatsächliche Zahl der offenen Stellen auch hier deutlich über den gemeldeten liegen dürfte, wird die Quote der unbesetzten Stellen sogar höher als die Arbeitslosenquote sein. In den Niederlanden scheint also anders als in der EWU insgesamt ein beträchtlicher Arbeitskräftemangel zu bestehen.

Arbeitsvolumen

Über den Aufbau von Beschäftigung sagt die Entwicklung des Arbeitsvolumens (geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen) mehr aus als die Entwicklung der Zahl

³ Vgl. IAB-Kurzbericht, Nr.5/1999.

Abbildung 3

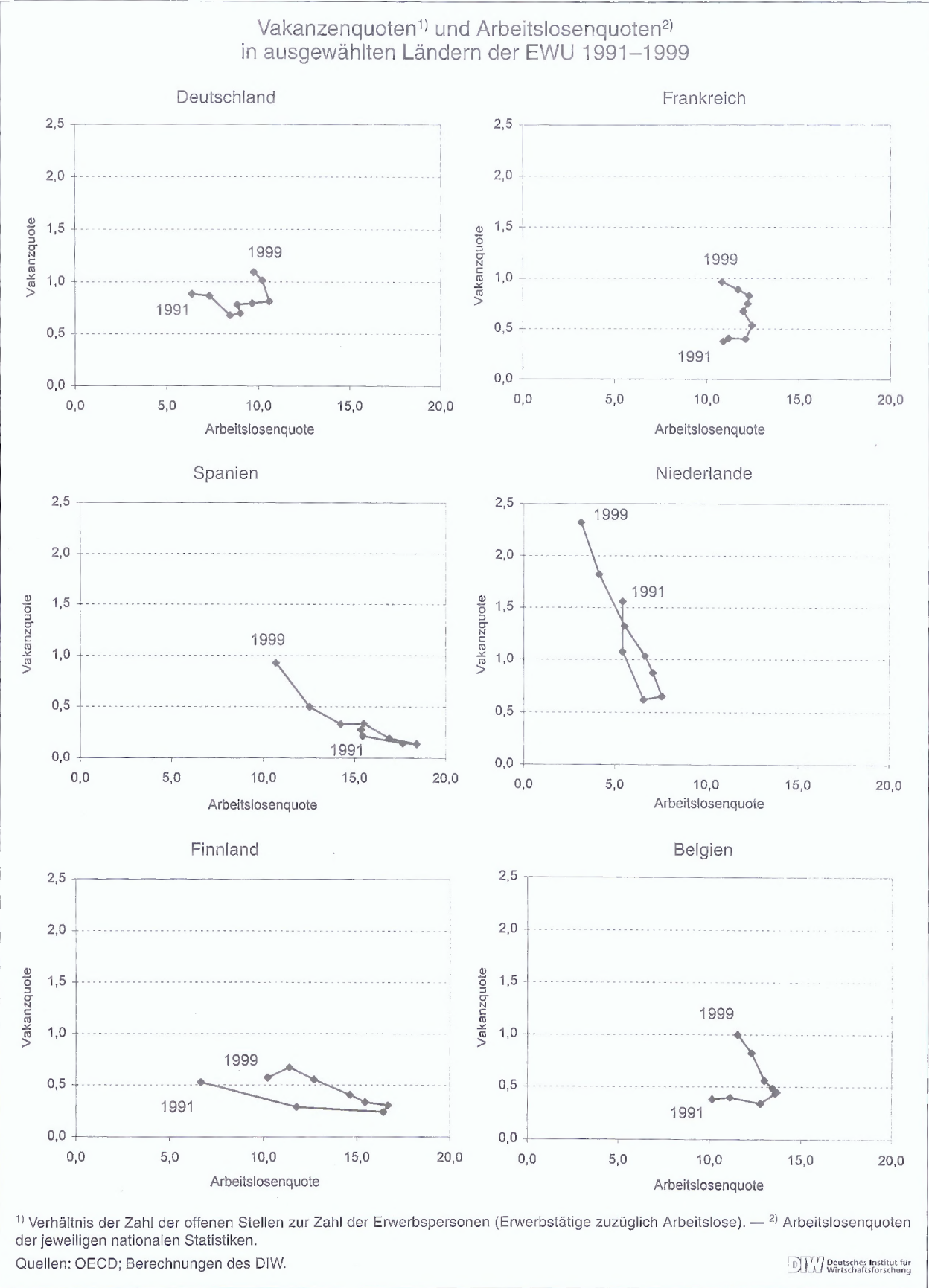


Tabelle 3

**Anteil der Teilzeitbeschäftigten¹⁾
an allen Beschäftigten 1990 und 1999
in %**

	1990	1999
Belgien	14,2	19,9
Deutschland	13,4 ²⁾	17,1
Finnland	7,5	9,9
Frankreich	12,2	14,7
Irland	9,8	18,3
Italien	8,8	11,8
Luxemburg	7,6	12,1
Niederlande	28,2	30,4
Portugal	6,8	9,3
Spanien	4,6	7,9
EWU-10 ³⁾	11,7	15,0

¹⁾ Als Teilzeitbeschäftigte gelten Personen, die normalerweise weniger als 30 Stunden in der Woche in ihrem Hauptberuf arbeiten. —
²⁾ 1990 Westdeutschland. — ³⁾ Für Österreich keine Angaben.
Quellen: OECD, Employment Outlook; Berechnungen des DIW.

der Erwerbstätigen. Dies gilt insbesondere in einer Zeit, in der sich ‚reguläre‘ Arbeitsverhältnisse zunehmend auflösen und flexible Arbeitszeitformen gewählt werden können oder müssen. Eine Erhöhung der Erwerbstätigenzahl führt nicht zu einem höheren Arbeitsvolumen, wenn gleichzeitig die durchschnittliche Arbeitszeit entsprechend reduziert wird, z. B. durch Ausweitung der Teilzeitarbeit (Tabelle 3).⁴ Allerdings sind die Statistiken zum Arbeitsvolumen unzureichend. Über die durchschnittlich von den Erwerbstätigen gearbeitete Zeit liegen für den Euroraum insgesamt keine vollständigen Angaben vor. Immerhin konnten auf der Basis von Schätzungen und Erhebungen der OECD und des Europäischen Statistischen Amtes sowie einer Reihe von Einzelinformationen seitens anderer Institute eigene Berechnungen durchgeführt und die Reihen für die Jahre von 1994 bis 2000 vervollständigt werden.⁵ Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und Abgrenzungen sind die Niveaus für die einzelnen Länder weniger vergleichbar als die hier vor allem betrachteten Entwicklungen des Arbeitsvolumens. Aufgrund der Kürze und der niedrigen Frequenz (Jahresdaten) der Datenreihen sind ökonometrische Analysen, die aus methodischer Sicht eigentlich erforderlich wären, derzeit noch nicht möglich. Deshalb muss die folgende Analyse weitgehend deskriptiv bleiben.

Für die Jahre 1993 bis 2000 ergibt sich für den EWU-Raum eine Steigerung des in Stunden gemessenen Arbeitsvolumens um rund 6%; die Zunahme entfällt fast ausschließlich auf die Jahre 1998 bis 2000. Dabei stieg die Zahl der Erwerbstätigen deutlich stärker als das Arbeitsvolumen. Erheblich expandiert hat das Arbeitsvolumen in Irland, Spanien, den Niederlanden und Luxemburg. Auch in Finnland stieg es rasch, jedoch war hier zu-

nächst der drastische Beschäftigungseinbruch vom Beginn der neunziger Jahre zu kompensieren. In Deutschland und Italien, den beiden Ländern mit dem von 1991 bis 2000 im Durchschnitt niedrigsten Wirtschaftswachstum, ist das Arbeitsvolumen erst jetzt so groß wie 1993. Es entwickelte sich damit deutlich schlechter als im EWU-Durchschnitt.

Zur Beschäftigungsintensität des Wachstums

Häufig wird argumentiert, die konjunkturelle Expansion könne die Probleme am Arbeitsmarkt bestenfalls teilweise lösen.⁶ Um Vollbeschäftigung zu erreichen, seien vielmehr weitergehende strukturelle Reformen notwendig. Hinter dieser Behauptung steht die Überlegung, dass das Wachstum in der EWU aufgrund institutioneller Rigiditäten — vor allem im Vergleich zu den USA — zu wenig beschäftigungsträchtig sei. Wie weit das Wachstum mit mehr Beschäftigung (in geleisteten Arbeitsstunden) einhergeht, lässt sich durch den Quotienten aus der Veränderungsrate des Arbeitsvolumens und des realen Bruttoinlandsprodukts, der Arbeits- bzw. Beschäftigungselastizität des Wachstums, darstellen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass dieser Zusammenhang weder im Zeitablauf konstant noch linear in Bezug auf das Wachstum ist. Unmittelbar nach einer Rezession, in einer Phase konjunktureller Erholung, werden bei zwar positivem, aber geringem Wachstum immer noch Arbeitsplätze abgebaut; die Elastizität ist negativ. Erst mit erheblicher Verzögerung wird im Wachstumsprozess die Beschäftigungsschwelle überschritten; die Elastizität wird positiv. Mit der Festigung des Aufschwungs werden sich die Unternehmen zunehmend sicherer über ihre Absatzchancen; die Elastizität steigt weiter, da immer stärker in Produktionserweiterung statt in Rationalisierung investiert wird. Je mehr der Arbeitsmarkt geräumt wird, umso mehr lohnt es sich für die Unternehmen, wieder auf arbeitssparende Produktionsvorgänge zu setzen, da dann die notwendigen Arbeitskräfte nur noch sehr schwer zu bekommen sind. Die Elastizität verringert sich dann wieder.

Diese Zusammenhänge werden deutlich, wenn man die Erholungsphase von 1993 bis 1997, in der das Wachstum in der EWU noch relativ niedrig war, mit den Jahren 1998/99 vergleicht, als sich der Aufschwung stärker gefestigt hatte. Für die EWU-Länder zeigt sich ein weitgehend ähn-

⁴ Dies zeigt sich beispielsweise auch bei der Revision der Zahl der Erwerbstätigen auf Grund einer besseren Erfassung der geringfügig Beschäftigten in Deutschland. Vgl. Pressemitteilung des Arbeitsamts, Nr. 56/00.

⁵ Die Schätzung für das Jahr 2000 basiert auf der Wachstumsprognose des DIW für diese Länder und der weiter unten ausgewiesenen Beschäftigungselastizität des Wachstums.

⁶ Vgl. die Stellungnahme des Sachverständigenrats zum Arbeitslosigkeitsproblem in der Einleitung zu seinem jüngsten Gutachten ‚Chancen auf einen höheren Wachstumspfad‘.

liches Muster: Während der Rezession und in den Jahren der Erholung hat jeder Prozentpunkt Wirtschaftswachstum weniger Arbeit (Arbeitsvolumen in Stunden) geschaffen als nach der Festigung des Aufschwungs von 1997 an. Die Elastizität war in der ersten Periode mit Ausnahme Österreichs in jedem EWU-Land niedriger als in der zweiten Periode (Abbildung 4). Dies zeigt, dass es eines gefestigten Wachstumsprozesses bedarf, um nachhaltige Beschäftigungserfolge zu erzielen. Gerade das Beispiel Österreichs weist in diese Richtung, denn dessen Wirtschaft war 1993 nicht in einer Rezession und wies bereits bis 1996 ein leicht überdurchschnittliches Wachstum auf. Folglich war dort die Elastizität auch in jener Phase bereits relativ hoch.

In den bezüglich der Beschäftigungsentwicklung erfolgreichsten Ländern, allen voran Spanien und mit Abstand Finnland und die Niederlande, lag das Wachstum merklich über dem Durchschnitt der EWU. In dieser Reihe fehlt allerdings das Land mit den höchsten Wachstumsraten der EWU, Irland. Im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum war dort die Arbeitselastizität merklich geringer. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass am Arbeitsmarkt wegen des sehr hohen Wachstums bereits Engpässe bestehen, die Neueinstellungen beeinträchtigen.

Auffällig ist, dass in der Phase der Erholung bis 1997 alle drei großen Volkswirtschaften der EWU eine negative Elastizität des Arbeitsvolumens aufwiesen. Dies gilt insbesondere für Deutschland, aber auch für Italien und Frankreich. In diesen Ländern war denn auch das Wachstum im Vergleich zu den kleineren Volkswirtschaften gering. In Frankreich setzte aber 1997 ein kräftiger Aufschwung ein. Der Grund für das beschäftigungslose Wachstum in Deutschland und Italien liegt eindeutig in der Wachstumsschwäche. In den Jahren 1993 bis 1997 war das Wirtschaftswachstum in Deutschland und Italien im EWU-Vergleich mit Abstand am geringsten. Gleichzeitig setzte sich dieses Wachstum deutlich anders zusammen als in den anderen EWU-Ländern. Der private Verbrauch expandierte kaum, sein Anstieg war nur etwa halb so hoch wie in der EWU insgesamt. Der öffentliche Verbrauch hat dies in keiner Weise kompensiert; er ging 1997 sogar stärker als in allen anderen EWU-Ländern zurück. Zudem waren die beschäftigungsintensiven Bauinvestitionen in Deutschland 1995/97 rückläufig, während sie im EWU-Durchschnitt immerhin um rund 2% stiegen. Damit lag die Expansion der Binnennachfrage in Deutschland und auch in Italien in dieser Zeit ständig unter der der EWU insgesamt. Auch dies dürfte dazu beigetragen haben, dass das Wachstum weniger beschäftigungsintensiv als in anderen Ländern war, steigt doch die Produktivität in exportorientierten Bereichen eher schneller. Wie Abbildung 5 zeigt, lag in dem Zeitraum 1995/97 und selbst 1998 der Produktivitätsanstieg in Deutschland als einzigem Land ständig erheblich über dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Mit der Festi-

Abbildung 4

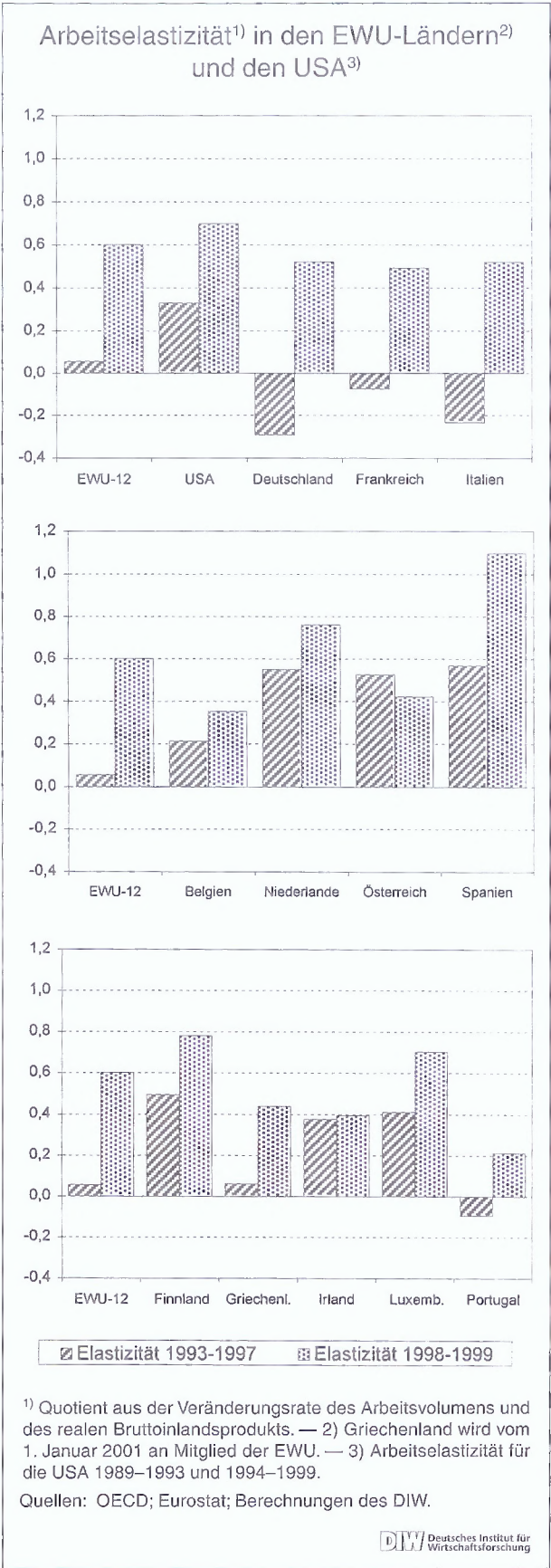
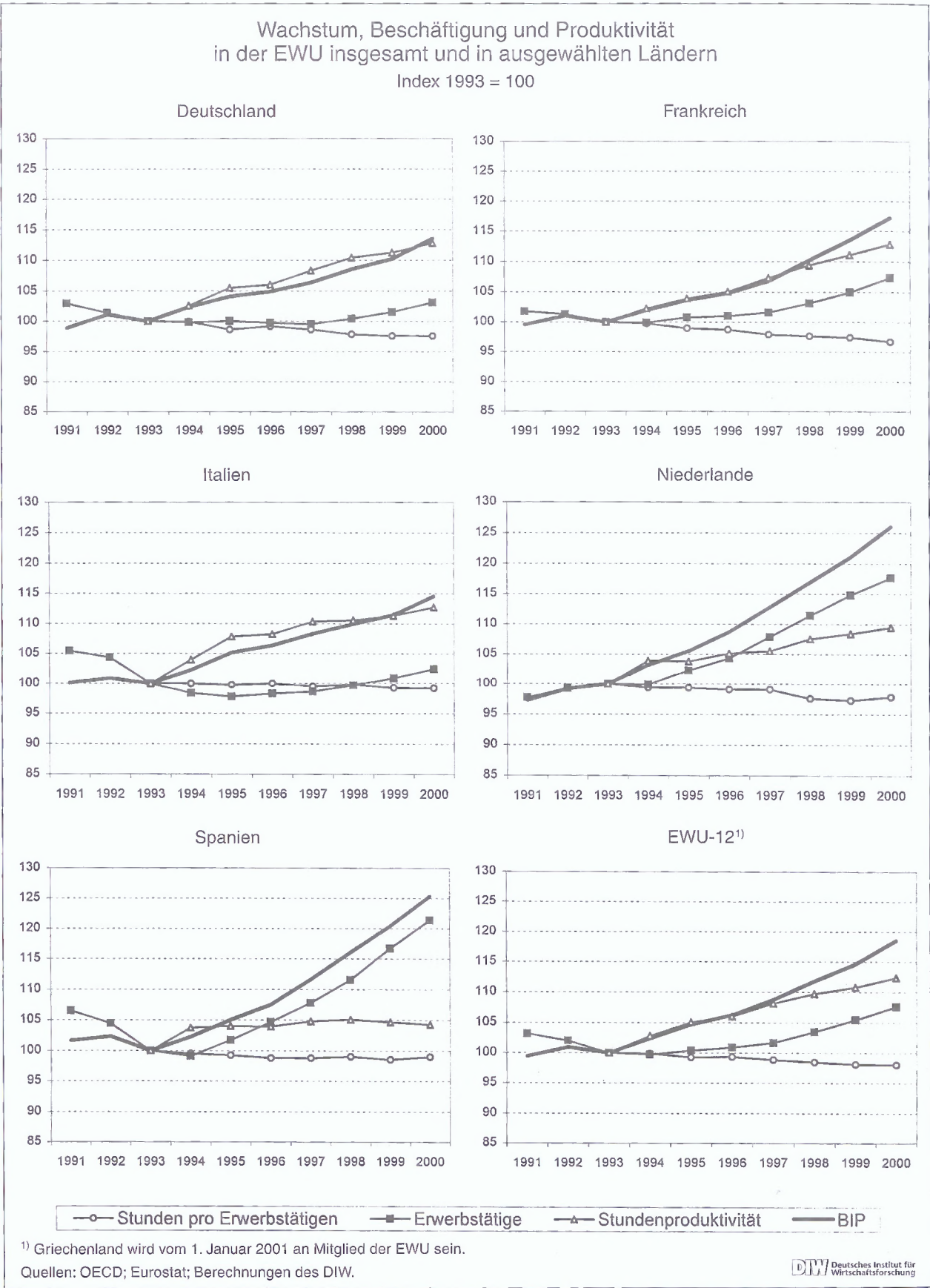


Abbildung 5



gung des Aufschwungs auch in Deutschland und Italien hat sich das Bild gewandelt. Jetzt ist das Wachstum auch in diesen beiden Ländern fast so stark wie im EWU-Durchschnitt.

Ein Vergleich mit den USA

Versucht man, die Entwicklung der Elastizität des Arbeitsvolumens in der EWU insgesamt mit derjenigen in den USA zu vergleichen, so ist zunächst zu berücksichtigen, dass dort der Konjunkturzyklus einen erheblich anderen Verlauf hatte und der Aufschwung bereits seit Anfang der neunziger Jahre andauert. Daher wurden zum Vergleich für die Abschwungsperiode in den USA der Zeitraum 1989 bis 1993 als Erholungsphase und für die

gefestigte Aufschwungsperiode der Zeitraum 1994/1999 gewählt. Für die USA ergibt sich für die erste Periode — die Abschwächung war hier geringer als in der EWU — eine Elastizität, die mit 0,3 deutlich höher war als in der EWU. Die Ursache hierfür dürfte in der im Vergleich zur EWU weitaus kräftigeren Erholung zu suchen sein. In der gefestigten Aufschwungsperiode dagegen stimmt die Elastizität mit etwa 0,7 weitgehend mit der in der EWU überein. Dies zeigt, dass bei sicheren Absatzerwartungen auch die EWU insgesamt eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu erreichen vermag. Die vielfach kritisierten institutionellen Gegebenheiten stehen dem nicht im Wege. Voraussetzung ist allerdings, dass es gelingt, den Aufschwung im Euroraum über einen längeren Zeitraum zu stabilisieren und nicht vorzeitig zum Stillstand kommen zu lassen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schrettli, Ph. D.,
Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Russlands Aufschwung in Gefahr

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin/Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

EWU: Wachstum schafft Beschäftigung

Bearbeitet von Camille Logeay und Joachim Volz

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

DEUTSCHLAND

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter-produzenten		Gebrauchsgüter-produzenten		Verbrauchsgüter-produzenten		Bauhaupt-gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1998 J	6 389		108,7		110,7		104,6		101,9		91,5		99,7		80,0		70,4	
F	6 389	6 390	109,6	109,6	112,4	112,7	107,1	107,0	100,7	100,9	90,0	89,8	99,7	99,4	79,9	239,3	68,7	207,3
M	6 396		110,3		115,0		109,2		100,2		87,8		98,9		79,4		68,2	
A	6 407		109,0		111,9		105,5		101,5		85,3		100,0		81,9		71,4	
M	6 408	6 406	111,2	109,9	115,0	113,0	110,0	107,3	101,7	101,4	88,4	86,8	100,6	99,8	80,3	242,2	66,6	208,5
J	6 411		109,4		112,1		106,4		101,0		86,8		98,7		80,0		70,4	
J	6 416		110,1		114,5		109,6		100,8		87,4		100,8		79,7		69,0	
A	6 418	6 416	109,7	109,7	113,4	113,6	108,7	109,5	100,4	100,5	86,9	86,9	100,1	100,5	79,3	236,8	68,2	205,1
S	6 416		109,3		112,9		110,2		100,3		86,5		100,7		77,8		67,9	
O	6 411		109,5		113,8		111,8		99,4		86,0		99,7		79,4		68,4	
N	6 407	6 409	108,9	109,3	113,4	114,1	108,7	110,2	99,7	99,9	85,5	85,3	100,7	100,3	78,0	235,4	66,6	205,3
D	6 403		109,4		115,1		110,2		100,5		84,4		100,6		78,0		70,3	
1999 J	6 405		110,0		111,7		110,6		101,4		88,7		100,3		78,9		66,8	
F	6 401	6 401	108,5	109,3	110,8	110,9	109,3	110,1	101,0	101,5	82,0	86,3	98,9	100,8	79,4	237,1	69,5	205,1
M	6 394		109,3		110,2		110,5		102,2		88,3		103,1		78,8		68,8	
A	6 372		111,3		113,5		113,4		101,5		90,3		99,6		80,7		69,8	
M	6 367	6 373	108,0	110,0	109,5	112,2	108,7	112,3	99,9	100,8	85,5	88,2	97,8	99,9	79,1	241,1	71,3	211,2
J	6 363		110,9		113,7		114,7		101,0		88,8		102,2		81,2		70,1	
J	6 356		110,7		112,7		109,5		101,7		87,5		101,4		83,0		71,8	
A	6 354	6 356	112,4	112,0	114,9	114,2	115,0	112,7	102,1	102,0	87,9	87,7	101,1	100,9	83,4	251,3	73,8	219,7
S	6 354		112,9		114,9		113,5		102,2		87,7		100,2		84,8		74,2	
O	6 352		113,2		115,7		114,0		103,1		86,8		101,2		84,9		74,5	
N	6 353	6 353	114,3	113,7	116,1	115,4	116,6	115,3	102,9	102,6	87,3	87,5	102,3	102,0	88,7	261,2	78,1	227,7
D	6 353		113,7		114,3		115,2		101,8		88,5		102,4		87,6		75,2	
2000 J	6 353		113,8		118,7		115,5		100,3		84,3		101,0		89,0		80,3	
F	6 353	6 353	117,2	115,8	121,2	120,6	119,8	117,9	102,6	101,4	93,0	86,3	105,5	102,3	90,4	273,2	79,1	243,2
M	6 353		116,3		122,0		118,4		101,1		81,7		100,5		93,8		83,8	
A	6 371		116,3		121,3		117,1		103,0		78,9		103,4		91,9		82,5	
M	6 377	6 371	121,4	118,7	127,8	124,2	126,6	120,3	104,8	104,0	84,9	80,5	108,5	104,6	96,6	285,1	86,9	256,4
J	6 377		118,4		123,6		117,1		104,3		77,8		102,0		96,6		87,0	
J	6 382		119,4		124,7		123,6		103,5		78,6		101,4		95,6		87,7	
A	6 384	6 382	119,5	119,9	126,8	127,2	121,3	122,0	103,4	103,5	80,5	78,7	106,4	104,5	97,1	291,5	88,6	267,8
S	6 381		120,8		130,4		121,1		103,6		77,0		105,6		98,8		91,4	
O			121,0		129,0		121,3		103,6		79,1							
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	Insgesamt		Inland		Ausland													
	in 1000				1995 = 100													
mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1998 J	4 438		382		111,3		103,9		124,7		112,3		114,4		106,8		95,8	
F	4 427	4 438	390	387	111,6	111,6	104,2	104,1	124,9	125,2	112,5	112,2	114,4	115,0	108,1	107,8	96,8	96,4
M	4 416		402		111,9		104,1		126,0		111,9		116,1		108,6		96,5	
A	4 376		418		110,2		102,6		123,8		111,1		112,4		108,9		94,9	
M	4 313	4 343	432	423	111,9	110,7	104,2	102,9	125,9	124,7	112,2	111,3	115,6	113,5	109,3	108,3	96,4	96,7
J	4 263		437		110,0		102,0		124,5		110,6		112,4		106,8		98,9	
J	4 224		438		110,2		103,2		123,0		109,2		114,4		110,2		96,7	
A	4 186	4 204	443	440	108,0	109,1	101,9	102,7	119,0	120,7	108,8	109,0	109,4	112,0	107,4	109,0	96,8	96,2
S	4 142		440		109,1		102,9		120,2		108,9		112,2		109,3		95,2	
O	4 110		437		107,7		100,2		121,0		107,1		110,5		109,9		93,6	
N	4 110	4 119	434	435	107,0	107,6	100,2	100,3	119,1	120,8	106,5	107,2	109,4	110,2	111,2	110,7	92,3	93,2
D	4 136		431		108,2		100,4		122,4		107,9		110,9		111,1		93,8	
1999 J	4 114		443		109,1		101,5		122,6		109,8		109,3		113,5		96,1	
F	4 111	4 113	448	444	107,8	108,3	99,3	100,5	123,2	122,3	107,6	109,1	110,3	108,9	110,2	111,8	94,0	94,7
M	4 092		452		108,0		100,6		121,2		109,9		107,1		111,7		94,0	
A	4 085		450		110,4		101,5		126,5		111,3		111,3		112,9		97,1	
M	4 111	4 103	445	448	108,1	109,8	99,4	101,1	123,7	125,6	108,9	110,5	108,8	110,9	111,6	113,7	94,2	94,3
J	4 112		446		111,0		102,4		126,6		111,4		112,7		116,5		91,7	
J	4 105		452		112,3		102,4		130,2		114,6		112,3		113,7		95,3	
A	4 100	4 104	457	455	115,9	114,5	104,6	103,5	136,3	134,2	115,6	115,5	119,6	116,5	119,0	116,5	95,2	94,8
S	4 099		465		115,2		103,6		136,2		116,3		117,5		116,9		94,0	
O	4 091		474		116,7		106,3		135,4		118,4		118,8		117,2		95,1	
N	4 057	4 065	481	477	119,4	118,2	107,0	106,6	141,8	138,7	120,6	119,6	122,5	120,6	118,2	118,0	97,9	95,5
D	3 995		489		118,1		106,5		138,9		119,9		120,3		118,6		93,6	
2000 J	3 975		486		117,3		104,4		140,6		118,1		122,2		114,2		92,6	
F	3 946	3 966	490	489	121,9	120,8	109,4	107,1	144,4	145,2	123,4	121,3	124,9	125,9	123,1	119,4	94,7	93,7
M	3 957		492		123,0		107,6		150,8		122,4		130,5		120,9		93,8	
A	3 941		502		123,1		109,8		147,1		123,4		129,6		121,6		91,9	
M	3 903	3 923	512	506	127,1	125,6	112,4	111,1	153,5	151,8	128,2	126,0	132,6	132,3	125,0	122,5	95,9	94,9
J	3 893		518		126,7		111,1		154,8		126,4		134,9		121,0		96,9	
J	3 874		524		125,3		109,6		153,4		124,5		132,6		124,9		94,9	
A	3 848	3 861	524	524	124,2	124,7	109,0	109,2	151,6	152,7	125,8	125,5	128,6	129,7	122,3	124,0	95,0	95,6
S	3 827		531		124,7		109,0		153,0		126,4		128,1		124,7		96,9	
O	3 801		533		127,4		109,6		159,5		126,6		135,0		125,7		98,0	
N	3 788		537															
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.